

Olaf Glöckner | Wahied Wahdat-Hagh

# Integrationsbedarfe und Einstellungsmuster von Geflüchteten im Land Brandenburg

Eine Studie des Moses Mendelssohn Zentrums Potsdam





# Integrationsbedarfe und Einstellungsmuster von Geflüchteten im Land Brandenburg

Eine Studie des Moses Mendelssohn Zentrums Potsdam



Olaf Glöckner | Wahied Wahdat-Hagh

# **Integrationsbedarfe und Einstellungsmuster von Geflüchteten im Land Brandenburg**

Eine Studie des Moses Mendelssohn Zentrums Potsdam

Universitätsverlag Potsdam

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Die Studie wurde vom Bündnis für Brandenburg und vom Moses Mendelssohn Zentrum gefördert.



**Bündnis für Brandenburg**  
*...weil es um Menschen geht!*



**Universitätsverlag Potsdam 2019**

<http://verlag.ub.uni-potsdam.de/>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel.: +49 (0)331 977 2533 / Fax: -2292

E-Mail: [verlag@uni-potsdam.de](mailto:verlag@uni-potsdam.de)

Satz: text plus form, Dresden

Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Lizenzvertrag lizenziert:

Namensnennung 4.0 International

Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Hyperlink:

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Umschlagbild: von Gerd Altman auf Pixabay

**ISBN 978-3-86956-471-5**

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der  
Universität Potsdam

<https://doi.org/10.25932/publishup-43139>

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-431395>

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	7
<b>2</b>	<b>Empirische Herangehensweise</b> .....	17
<b>3</b>	<b>Die demographische Situation in Brandenburg</b> .....	23
<b>4</b>	<b>Leben in Brandenburg</b> .....	25
4.1	Arbeit, Ausbildung, Studium .....	25
4.2	Aufenthaltsstatus .....	28
4.3	Familie und Kinderbetreuung .....	30
4.4	Sprache, Spracherwerb, Schule und Fortbildung .....	33
4.5	Erfahrungen mit Behörden .....	37
4.6	Teilhabe und Engagement: Vereine, Sport, Ehrenamt .....	41
4.7	Gesundheit .....	43
4.8	Wohnen .....	44
<b>5</b>	<b>Zwischenbilanz aus den Gruppeninterviews</b> .....	47
5.1	Positiv beschriebene Erfahrungen .....	47
5.2	Negativ beschriebene Erfahrungen .....	50
5.3	Begegnungen mit Einheimischen .....	52
5.4	Konflikte zwischen Gruppen der Geflüchteten .....	57
<b>6</b>	<b>Religiöse und kulturelle Identitäten</b> .....	59

## Inhalt

<b>7</b>	<b>Erkenntnisse aus den Experteninterviews</b> . . . . .	<b>63</b>
<b>8</b>	<b>Schlussfolgerungen</b> . . . . .	<b>83</b>
<b>9</b>	<b>Handlungsempfehlungen</b> . . . . .	<b>89</b>
<b>10</b>	<b>Literatur</b> . . . . .	<b>93</b>
<b>11</b>	<b>Fragebögen für die Gruppen- und Experteninterviews</b> . . . . .	<b>95</b>
11.1	Fragebogen für die Gruppeninterviews . . . . .	95
11.2	Fragebogen für Experteninterviews mit »Schlüsselpersonen« (der Gruppen) . . . . .	97
11.3	Fragebogen für die Interviews mit einheimischen Experten/Helfern . . . . .	99

# 1 Einleitung

Brandenburg hat sich während der Jahre 2015, 2016 und 2017 einer ungewöhnlichen Herausforderung gegenübergesehen: In einem vergleichsweise kurzen Zeitraum standen Land und Kommunen – wie die anderen Regionen in Deutschland auch – vor der Aufgabe, Zehntausende Menschen aufzunehmen, unterzubringen und in den hiesigen Alltag zu integrieren. In ihrer Mehrheit kamen sie aus aktuellen Kriegs-, Bürgerkriegs- und Krisengebieten. Die Entscheidung für die Aufnahmen fiel zentral (Bundesregierung), für vorbereitende Maßnahmen stand sehr wenig Zeit zur Verfügung. Einrichtungen zur Erstaufnahme mussten in kürzester Frist bereitgestellt werden, administrative Planungen zur Aufnahme, Registrierung, Unterbringung, medizinischen Versorgung und Begleitung der Neuankömmlinge bei ihren ersten Schritten in die hiesige Gesellschaft waren rasch zu treffen. Bald kristallisierte sich heraus, dass in Brandenburg vor allem Frauen, Männer und Kinder aus Afghanistan, Syrien, Eritrea, Tschetschenien, dem Iran und dem Irak ankamen.

Ein Großteil der Neuankömmlinge in Brandenburg ist aus dem Mittleren Osten und Afrika, teilweise auch aus Russland (Tschetschenien) gekommen, mehrheitlich junge Männer, aber auch sehr viele Personen im Familienverbund, oft mit Kindern in kleinstem Alter bis hin zu Teenagern. Und so wie andere Bundesländer auch, hat Brandenburg eine größere Anzahl an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aufgenommen.<sup>1</sup>

---

1 Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer in Brandenburg. Hinweise des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. No-

Durch die seit 2015 nach Brandenburg gekommenen Geflüchteten<sup>2</sup> (schätzungsweise bis zu 40 000) ist die Zahl der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund deutlich gestiegen, hat sich aber – entgegen einem weit verbreiteten Eindruck – keineswegs vervielfacht. In einer »Community« von rund ca. 130 000 Menschen, die als ausländische Bevölkerung betrachtet werden und derzeit im Land Brandenburg leben, bilden sie klar die Minderheit.<sup>3</sup>

Neu ist allerdings, dass sich ein Großteil der Neuankömmlinge in ihren kulturellen und religiösen Gebräuchen, im individuellen und kollektiven Selbstverständnis, bei Rollenverteilungen in der Familie, Geschlechterbildern, aber auch bei Auffassungen von gesellschaftlichem (Zusammen-)Leben teils deutlich von der einheimischen Gesellschaft unterscheidet. Dies ist eine faktische Gegebenheit, der sich Gesellschaft und Politik in Brandenburg – wie in ganz Deutschland – stellen müssen.

So verstehen sich zahlreiche der gekommenen Flüchtlinge, insbesondere jene aus dem Mittleren Osten, als Muslime, für die ihre Religion auch im alltäglichen Leben eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. In welcher Weise sie die Religion im neuen Umfeld leben und wie sie sich dabei auch organisieren wollen, hängt von internen Dynamiken ab, die noch nicht abgeschlossen zu sein scheinen.

Die Herausforderung steht, wenn sich Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen auf vergleichsweise engem Raum begegnen, natürlich gegenseitig. Einheimische erleben neue Nachbarn und Kollegen, die ihnen bisher unbekannte Ansichten, Rituale und Gebräuche mitbringen und diese auch offen und sichtbar leben. Umgekehrt erleben die gekommenen Menschen in den allermeisten Fällen eine für sie vollkommen neue Umwelt, in der ihnen fremde kulturelle Codes, Orientierungen und Lebensstile dominieren. Darauf reagieren sie in unterschiedlicher Weise – mit Erstaunen, Neugier und Aufgeschlos-

---

vember 2017. [https://mbjs.brandenburg.de/media\\_fast/6288/unterbringung%2C\\_versorgung\\_und\\_betreuung\\_unbegleiteter\\_minderjaehriger\\_auslaender.pdf](https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/unterbringung%2C_versorgung_und_betreuung_unbegleiteter_minderjaehriger_auslaender.pdf) (Kontakt vom 28. 4. 2019).

- 2 Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird bei Personenbezeichnungen in dieser Studie häufiger die männliche Form verwendet. Wir bitten zu beachten, dass hierbei sämtliche Geschlechter einbezogen sind.
- 3 Detaillierte Zahlen finden sich in Kapitel 2. Bei der Erfassung der genauen Zahl der tschetschenischen Geflüchteten ergeben sich Probleme, da sie allgemein unter Personen mit russischer Nationalität gerechnet werden.

senheit die einen; mit Angst, Verunsicherung und manchmal auch Abgrenzung die anderen. Den Geflüchteten stehen, wie der kanadische Psychologe und Migrationsforscher John Berry schon vor Jahrzehnten beschrieben hat, mindestens vier unterschiedliche Handlungsstrategien zur Verfügung, ihr Verhältnis mit der neuen Umgebung zu gestalten: Assimilation, Integration, Segregation oder Marginalisierung.<sup>4</sup> Dass Assimilation – im Sinne einer mehr oder weniger kompletten kulturellen Anpassung der Migranten an die aufnehmende Gesellschaft – die zielführendste Option sei, gilt mittlerweile als unrealistisch und unter soziokulturellen Gesichtspunkten auch als schwer machbar. Integration wird heute eher als ein gegenseitiger Lernprozess gesehen, bei dem die Migranten sich elementare praktische und kulturelle Handlungsmöglichkeiten (einschließlich Spracherwerb) innerhalb der Aufnahmegesellschaft aneignen, ihre sozialen Netzwerke erweitern, aber auch eigene kulturelle Potentiale und Impulse in das ihnen neue Umfeld einbringen. Im Allgemeinen gilt dies als die vorteilhafteste Option für alle Beteiligten. Erfolgreiche Integration setzt allerdings ein bestimmtes Maß an gegenseitiger kultureller Öffnung und einen Grund-Konsens darüber voraus, auf welchen Prinzipien das Zusammenleben fußen kann und soll.

*Segregation* kann bedeuten, dass eine jeweilige Migrantengruppe sich zwar funktional erfolgreich in die Aufnahmegesellschaft einpasst (beispielsweise mit Erfolg am Arbeitsmarkt), die sozio-kulturellen Berührungspunkte zur übrigen Gesellschaft aber nur punktuell und sporadisch bleiben. Gegenseitige Berührungspunkte und Vorurteile können sich dabei nicht nur aufbauen, sondern langfristig auch manifestieren. Die mit Abstand ungünstigste Option für Migrant/-innen im neuen Umfeld ist allerdings die Marginalisierung. Einzelpersonen oder auch ganze ethno-kulturelle Gruppen verbleiben dabei am Rande einer (Aufnahme-)Gesellschaft, da sie häufig weder die Sprache des Landes erwerben (oder nicht nutzen wollen), ihre sozialen Netzwerke nicht erweitern, keinen Anschluss am Arbeitsmarkt finden und kulturell auf Distanz bleiben. Marginalisierung kann durch das Verhalten der Migrant/-innen selbst wie auch durch negative Haltungen der Aufnahmegesellschaft begünstigt werden. Neuankömmlinge fin-

---

4 Berry, John W. (1997). Immigration, acculturation, and adaptation. *Applied Psychology*, 46(1), 5–34.

den gar nicht erst in eine kulturell anders verfasste Aufnahmegesellschaft hinein, sie lernen ihr Umfeld nicht kennen, erleben weder Integrationserfolge noch Anerkennung und ziehen sich im Ergebnis in eigene sozio-kulturelle Räume und »Enklaven« zurück. Beispielhaft hierfür stehen manche Vororte und Randgebiete französischer und belgischer Großstädte (»banlieues«) mit stark migrantisch frequentierter Bevölkerung, in denen sich Milieus entwickelt haben, die von extrem hoher Kriminalität und Gewalt geprägt sind und nicht selten auch den Nährboden für Fanatismus, Extremismus und Terrorismus liefern.

Unter Berücksichtigung dessen steht von vornherein eine doppelte Herausforderung in Bezug auf die seit 2015 gekommenen Gruppen von Geflüchteten und Migranten: Zum einen werden Rahmenbedingungen benötigt, die ihnen eine erfolgreiche *Integration* in die hiesige Gesellschaft ermöglichen – unbezogen, ob für einen bestimmten Zeitraum (im Falle von möglichen Rückkehrern) oder auf Dauer. Zum anderen sind Voraussetzungen gefragt, die zu kultureller Öffnung motivieren – unabhängig von kulturellen wie religiösen Unterschieden zur Mehrheitsbevölkerung –, und dazu, am Leben der Gesellschaft aktiv zu partizipieren.<sup>5</sup>

Wie weit hierbei der soziokulturelle Austausch mit der Mehrheitsbevölkerung – wie auch mit anderen Minderheiten gehen kann –, lässt sich weder ernsthaft beeinflussen noch voraussagen. Umgekehrt aber sind gesellschaftliche Teilhabe und kulturelle Interaktion unabdingbar, um Entwicklungen von Desintegration und Marginalisierung von vornherein entgegenzuwirken.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass viele der seit 2015 nach Brandenburg gekommenen Menschen aus den oben erwähnten Herkunftsländern für längere Zeit oder auch für immer hierbleiben werden. Aktuell sind aber die Bereitstellung von Wohnraum, Deutsch- und Integrationskursen, der Zugang zum Arbeitsmarkt, ausreichende medizinische Versorgung, umfassende Bildungs- wie auch Betreuungsmöglichkeiten (besonders auch für Kinder) die elementarsten Herausforderungen.

---

5 Voraussetzung für eine erfolgreiche kulturelle Partizipation ist natürlich, dass die Betroffenen die gesellschaftlichen Normen und Werte akzeptieren, die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert sind.

Von Anfang an benötigen die Geflüchteten aber auch Möglichkeiten, sich einen Zugang zur hiesigen Kultur zu schaffen – keineswegs nur über die deutsche Sprache –, um die Beschaffenheit der hiesigen Gesellschaft zu verstehen und ihre eigenen sozialen Netzwerke (in der Nachbarschaft, auf Arbeit, in Freizeittätigkeiten) erweitern zu können. Dieses Bedürfnis ist unterschiedlich ausgeprägt, sollte aber ernstgenommen werden.<sup>6</sup>

Für die aufnehmende Gesellschaft gilt im Prinzip dasselbe. Verschiedene Berufsgruppen – Behördenangestellte, Pädagogen, Sozialarbeiter, medizinisches Personal, Sicherheitskräfte u. a. – können im Umgang mit den Geflüchteten nur dann erfolgreich agieren, wenn sie über deren Kulturkreis, ihre Weltansichten, Motivationen und Traumatisierungen zumindest ansatzweise Bescheid wissen. Andere Einheimische wiederum sind auch ohne berufliche Umstände und Erfordernisse daran interessiert, mehr über die gekommenen Menschen, ihren Hintergrund und ihre Erfahrungen zu lernen.

Leider erleben wir aber auch – in Brandenburg ebenso wie in anderen Bundesländern – radikal ablehnende Haltungen gegenüber den Gekommenen, bis hin zu ausgeprägtem Fremdenhass. Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach lehnten schon im Mai 2015 ca. 75 Prozent der Ostdeutschen die These ab, dass der Islam zu Deutschland gehöre.<sup>7</sup> Solche Befunde müssen ernst genommen werden, und auch dies macht die Brisanz einer Studie aus, die die Integrationsbedarfe und Einstellungsmuster der neuen Geflüchteten in Brandenburg untersucht.

Detaillierte Analysen sind notwendig, um die vordergründigen wie auch tieferliegenden Ursachen von radikal ablehnenden Haltungen, vor allem aber von aktiv gelebter Fremdenfeindlichkeit freizulegen. Ängste und Vorurteile gegenüber den Gekommenen müssen nicht ausschließlich in der Unkenntnis über die

---

6 Bei den Bemühungen, den Geflüchteten kulturelle Zugänge zur einheimischen Gesellschaft – über die Sprachkurse hinaus – zu ermöglichen, leisten in ganz Brandenburg ehrenamtliche Helfer eine hervorragende Arbeit. Vgl. hierzu: Lemmermeier, Doris/Gartz, Manfred: »Integration machen Menschen«. Aktuelle Situation des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe im Land Brandenburg. Potsdam 2018.

7 Thomas Petersen, Die Einstellung der Deutschen zur Einwanderung, in: Siegfried Karl/Hans-Georg Burger, Herausforderung Integration. Wie das Zusammenleben mit Geflüchteten und MigrantInnen gelingt, Gießen 2018, S. 77.

»kulturell Anderen« wurzeln, werden dadurch aber ganz wesentlich begünstigt. In den vergangenen Jahren hat sich auch in Brandenburg gezeigt, dass das gegenseitige Wissen über unterschiedliche Nationalitäten, Ethnizitäten, Religionen, aber auch kulturelle Prämissen, über Zukunftspläne und Erwartungshaltungen an die Gesellschaft, nur sehr fragmentarisch ist. Einheimische Brandenburger dürften in vielen Fällen kaum unterscheiden können zwischen den Fluchtgründen beispielsweise von Syrern, Afghanen und Eritreern, geschweige denn zwischen ihren religiösen Zugehörigkeiten, Erwartungshaltungen und gesellschaftlichen Vorstellungen.

Umgekehrt können wir davon ausgehen, dass das Wissen der Gekommenen über hiesiges Kunst- und Kulturleben, religiöse Angebote, politische Haltungen und Zukunftserwartungen der Einheimischen rudimentär geblieben ist – trotz zahlreicher Projekte und Initiativen in ganz Brandenburg, die sich um größere sozio-kulturelle Teilhabe der Gekommenen bemühen.

Unter diesen Vorzeichen ist auch die vorliegende empirische Studie des Moses Mendelssohn Zentrums, gefördert vom Bündnis für Brandenburg, entstanden: Wissenschaftler aus Potsdam und Berlin sind Geflüchteten aus den Herkunftsländern Afghanistan, Syrien, Eritrea und Tschetschenien in größerer Zahl begegnet und haben sie bezüglich ihrer bisherigen Integrationserfahrungen, ihres kulturellen Hintergrundes, ihrer Ansichten von Religion, Politik und Gesellschaft und ihrer Zukunftsvorstellungen in insgesamt 14 Gruppeninterviews – sowie in ergänzenden Experteninterviews – befragt.

Ziel war es einerseits, dringliche Integrationsbedarfe der jeweiligen Gruppen zu ermitteln, ohne deren Beachtung eine langfristig erfolgreiche Integration in Brandenburgs sich als schwierig erweisen könnte. Wir wollten ebenso erfahren, wie sich die Interviewten ihr künftiges Leben in Brandenburg konkret vorstellen und welche bisherigen Erfahrungen sie in der direkten Begegnung mit Einheimischen gemacht haben – sei es auf Arbeit, in der Schule oder einfach nur im öffentlichen Raum. Die vorliegende Studie belegt, dass in der Begegnung mit Einheimischen sehr unterschiedliche – teils diametrale – Erfahrungen gesammelt wurden, vor allem aber auch, dass ein enormes Defizit an Kontakten mit der hiesigen Gesellschaft besteht. Unabhängig davon, dass viele Gesprächspartner dazu tendierten, viel Zeit mit Menschen aus der gleichen ethno-kulturellen

Herkunftsgruppe verbringen zu wollen, äußerten sie fast durchweg den Wunsch, mehr Einheimische kennenzulernen und mit ihnen auch auf Deutsch kommunizieren zu wollen.

Ausgehend von den objektiv großen Unterschieden im sozio-kulturellen Background, häufig aber auch in Bezug auf Religion, legten wir ebenso Wert darauf zu erfahren, ob die Interviewpartner – von denen sich zumindest ein Teil als religiös versteht –, kulturelle oder anderweitige Konflikte im öffentlichen Raum (so beispielsweise auf Arbeit oder in den Schulklassen der Kinder) erleben bzw. befürchten. Die Gespräche zielten auch darauf, mehr darüber zu erfahren, inwiefern die Gekommenen die neue Umgebung, kulturell gesehen, als kompatibel zu ihrem eigenen Leben empfinden, oder eben auch als problematisch. Thematisiert wurde in einigen Gruppeninterviews die Frage, wie längerfristig Rahmenbedingungen geschaffen werden könnten, um in angemessener Weise die eigene Religion auch gemeinschaftlich praktizieren zu können (so bspw. in geeigneten Gebetsräumen für Muslime und Muslima). Schließlich interessierte uns auch die mögliche Offenheit – oder umgekehrt: Abgrenzung – gegenüber anderen Religionen und Religionsgemeinschaften, die in Brandenburg ansässig sind, zumal insbesondere in der Stadt Potsdam bereits Projekte und Initiativen existieren, wo sich Menschen verschiedener Religionen gleichzeitig engagieren und (kulturelle) Integration durchaus auch als einen wechselseitigen Lernprozess verstehen.

Darüber hinaus interessierte uns, welches Bild die jeweiligen Gruppen von sich selbst haben, sowohl im Vergleich mit der deutschen Aufnahme- und Mehrheitsgesellschaft, wie auch im Vergleich zu anderen Gruppen von Geflüchteten. Die jeweils von den »anderen« existierenden Bilder können einerseits Aufschluss über eigene kulturelle Haltungen, Positionierungen und Selbstreflexionen geben, im ungünstigen Fall aber auch die Vorlage für interkulturelle Spannungen und gewaltsame Auseinandersetzungen liefern.

Dass mancherorts Konflikte sowohl zwischen Einheimischen und Geflüchteten, aber auch unter verschiedenen Gruppen von Geflüchteten mit teils großer Gewalt ausgetragen werden, gehört ebenfalls zu den Realitäten der neuen Situation. Auch damit wurden wir in einigen der Gruppeninterviews – konkret in Cottbus – konfrontiert, und es wird künftigen empirischen Studien vorbehalten

sein, die tieferliegenden Ursachen für derartige Spannungen und Gewaltausbrüche sorgsam analytisch zu untersuchen.

In der zweiten Phase unserer Studie wurden Experteninterviews nicht nur mit »Gatekeepers« aus den jeweils untersuchten Gruppen (Syrer, Afghanen, Eritreer und Tschetschenen) geführt, sondern auch mit einheimischen Fachkräften sowie ehrenamtlich engagierten Personen, die in unterschiedlichsten Bereichen (u. a. Sport) engen Kontakt zu den Geflüchteten haben und ihre Integrationserfolge und -rückschläge aus der Nähe erleben. Selbstverständlich sind auch deren Erfahrungen in den vorliegenden Bericht eingeflossen.

Der Bericht bietet zahlreiche Einblicke in die kulturellen Vorstellungen und Zukunftspläne Geflüchteter aus Syrien, Afghanistan, Eritrea und Tschetschenien, reflektiert v. a. aber ihre individuellen und kollektiven Erfahrungen in neuer Umwelt. Erfolge und Defizite der bisherigen Integration, Konfliktpotentiale, kritische Sichtweisen, Selbstreflexionen und gegenseitige Wahrnehmungen wurden so dokumentiert und analysiert, dass verschiedene Handlungsempfehlungen für die Landes- und Kommunalpolitik abgeleitet werden konnten.

Im Kern beschreibt unsere Studie – und hier folgt sie dem Verlauf der Gruppeninterviews wie den dort von den Teilnehmern präferierten Themen und Aspekten – aber eine Vielzahl von bisher nicht oder nur unzureichend gelösten, elementaren Integrationsproblemen, angefangen bei Wohnraumproblemen, Sprachbarrieren, Schwierigkeiten mit den Behörden, vermissten Bildungsmöglichkeiten bis hin zu erfolglosen Familienzusammenführungen und einem – ganz besonders schwierig im Falle der tschetschenischen Geflüchteten – extrem unsicheren Aufenthaltsstatus.

Die Studie bietet aber auch wichtige Einblicke in die kulturellen, religiösen und teilweise auch gesellschaftspolitischen Sichtweisen und Präferenzen der Geflüchteten. Dabei war sich das Team der beteiligten Wissenschaftler von vornherein darüber im Klaren, dass – selbst innerhalb der einzelnen Gruppen, die im Fokus standen – nur eine sehr begrenzte Auswahl von Sichtweisen und (Selbst-)Reflexionen der Gekommenen erfasst werden konnte. Doch liegt ein erster Ausschnitt dazu vor, was die Gekommenen an Vorstellungen über Deutschland bzw. Brandenburg haben, wo sie ihren Platz und ihre Zukunft im neuen Umfeld sehen, wofür sie der Aufnahmegesellschaft dankbar sind und was sie gemeinsam mit ihr

gestalten wollen. Interdisziplinäre Anschlussstudien werden vonnöten sein, um ein noch wesentlich deutlicheres Bild von den jeweiligen Gruppen, ihren Integrationsbedarfen und ihren kulturellen Einstellungen in Brandenburg zu erhalten. Parallel dazu erscheint es als sinnvoll und notwendig, empirisch zu erfassen, wie die einheimische Bevölkerung die seit 2015 gekommenen Geflüchteten sieht und welche Erwartungshaltungen sie an diese adressiert.

Unser Dank geht an all die Menschen aus Afghanistan, Eritrea, Syrien und Tschetschenien, die für die geführten Interviews zu Verfügung standen, ebenso an die einheimischen Gesprächspartner, die beruflich oder ehrenamtlich ausgiebig mit der Integration von Geflüchteten und Migrant\*innen im Land Brandenburg zu tun haben.

Wir bedanken uns ebenso beim Bündnis für Brandenburg und dem Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam, ohne deren Unterstützung diese Studie nicht zustande gekommen wäre. Für die fachliche und organisatorische Beratung und Mitarbeit geht unser Dank insbesondere an Roswitha Kuska, apl. Prof. Dr. Gideon Botsch, Dr. Lars Breuer und Mischa Grabsch.

Potsdam, August 2019

Dr. Olaf Glöckner und Dr. Wahied Wahdat-Hagh



## 2 Empirische Herangehensweise

Die primären Fragestellungen unserer Studie, die auf individuelle und kollektive Integrationserfahrungen und -bedarfe wie auch auf kulturelle Einstellungsmuster und Sichtweisen fokussierten, verlangten in erster Linie nach geeigneten *qualitativen* Untersuchungsmethoden.<sup>8</sup> Den Kern unserer Studie bildeten Gruppeninterviews, die in halboffener bzw. semi-strukturierter Form durchgeführt wurden. Dabei kam ein Interview-Leitfaden zum Einsatz (siehe Anhang), welcher relevante Themen und Fragestellungen vorgab, nicht jedoch zwangsläufig deren Reihenfolge und die Art der Antwortmöglichkeiten. Die Teilnehmer der Gruppeninterviews entschieden selbst darüber, an welchen Antworten und zu welchen Fragen sie sich beteiligen wollten (oder nicht). Die im Sommer und Herbst 2018 durchgeführten 14 Gruppeninterviews hatten eine zeitliche Dauer von ein bis zweieinhalb Stunden. An den meisten Gruppeninterviews nahmen – außer den beiden Interviewern plus Dolmetscher/-in – vier bis sechs Personen teil.

Geflüchtete aus verschiedenen Ländern haben ihre besonderen Erfahrungen, Lebenswelten, Wahrnehmungen, Sinnkonstruktionen und Meinungen, die wir induktiv erfassen wollten. Welche Motive haben sie, um ihr Leben weiterhin in Deutschland gestalten zu wollen? Wo sehen sie für sich die größten Probleme in ihrer gegenwärtigen, neuen Lebenswelt? Wie erleben sie kulturelle Divergenzen, und was bedeutet dies konkret für ihr Leben? Inwiefern werden

---

8 Qualitative Forschung ist eine verstehende Soziologie, weil sie das Handeln der Akteure ins Zentrum rückt. Vgl. Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen, S. 9; fernerhin: Mi-soch, Sabina, *Qualitative Interviews*, München 2015, S. 5.

bisherige Lebenskonzepte überdacht und – insbesondere in der jüngeren Generation – neue kulturelle Verhaltensmuster ausprobiert? Wird das kommunale Lebensumfeld als Bedrohung oder eher als Chance empfunden? Für wie kompatibel wird die eigenen kulturelle Welt zu jener der Mehrheitsgesellschaft gehalten? Welche Erwartungen werden an die Begegnungen mit den einheimischen Brandenburgern geknüpft, und inwiefern wurden diese bisher erfüllt bzw. enttäuscht? Gibt es unter manchen der Geflüchteten eine Rückkehrmotivation? Diese und andere Fragen waren im Leitfaden verarbeitet und wurden von uns direkt oder indirekt thematisiert, wobei den Teilnehmern der Gruppeninterviews relativ viel Spielraum gelassen wurde, über welche Aspekte sie ausführlich und über welche sie weniger oder gar nicht diskutieren wollten.

Großen Wert legten wir darauf, von unseren Interviewpartnern zu erfahren, wie sie die neue Umgebung auch und gerade in der Begegnung mit Einheimischen (und anderen Geflüchteten) erleben, angefangen bei Behördengängen, in den Einrichtungen der Bildung und Fortbildung, in der Erstaufnahme-Einrichtung, im kommunalen Mietshaus und bei Freizeitbeschäftigungen. Dies schloss auch die Frage nach dezidiert negativen Erfahrungen (etwa in Form von erlebter Hassrede, Diskriminierung, physischen Übergriffen u. a.) mit ein.

Im vorderen Teil unseres standardisierten Fragebogens platzierten wir ebenso konkrete Fragen zu bisherigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, um auch ganz praktische Anhaltspunkte für weiterbestehende, dringliche Integrationsbedarfe zu erhalten.

In halbstrukturierten Gruppeninterviews ergibt sich, unabhängig von den Statements der einzelnen Teilnehmer, häufig auch eine kommunikative Dynamik, die Rückschlüsse über einerseits individuelle und andererseits über kollektive, »mehrheitsfähige« Positionen zulässt. Aus den durchgeführten Gruppeninterviews mit Geflüchteten aus Afghanistan (4), Syrien (4), Tschetschenien (3), Eritrea (2) und mit Staatenlosen (1) erhofften wir uns daher auch generelle Rückschlüsse über spezifische sozio-kulturelle Sichtweisen und Verhaltensmuster, die in komparativer Weise ausgewertet werden können. Hierbei ging es uns nicht darum, »kontrastive« Vergleiche zwischen den einzelnen Gruppen von Geflüchteten herzustellen, aber doch zu schauen, ob sich bestimmte gruppenspezifische Unterschiede bezüglich bisheriger Integrationserfolge und -rückschläge (und

damit künftiger Integrationsbedarfe), bezüglich der individuellen wie kollektiven Begegnungen mit der Aufnahmegesellschaft, der möglicherweise empfundenen kulturellen Differenzen und der jeweiligen Zukunftsaussichten ergeben würden.

In Vorbereitung der Gruppeninterviews, die wir in Potsdam, Luckenwalde, Cottbus und Frankfurt/Oder durchführten, nahmen wir Kontakt zu Personen aus den jeweiligen Gruppen von Geflüchteten wie auch zu Sozialarbeitern und kommunalen Mitarbeitern auf, welche in den jeweiligen Communities das Anliegen unserer Studie vorab erläuterten und die entsprechenden Teilnehmer/-innen für die Interviews gewannen. Grundsätzlich arbeiteten wir darauf hin, Gruppen zu gewinnen, in denen im idealen Fall Geschlechter-Parität, aber auch die Präsenz unterschiedlicher Altersgruppen/Generationen gesichert war. Bei Gruppen, in denen seit 2015 Menschen verschiedenen Glaubens bzw. verschiedener Religion gekommen sind, war es unser Ziel, jeweils auch Vertreter dieser unterschiedlichen Teilgruppen für die Interviews zu gewinnen.

Am Ende blieb unser Einfluss auf die Zusammensetzung der jeweiligen Interviewgruppen aber begrenzt. So dominierten in einigen der afghanischen Gruppen und bei den Eritreern deutlich die jüngeren Menschen (unter 40 Jahren). Zudem waren Frauen in den Interviews mit Eritreern stark unterrepräsentiert. In Cottbus ergab sich außerdem die Situation, dass sich eine tschetschenische Interviewgruppe ausschließlich aus Frauen zusammensetzte – dies war der Wunsch der Teilnehmerinnen selbst. Komplementär dazu ergab sich in Cottbus dann auch eine reine Männergruppe.

Unter denjenigen Interviewpartnern, die sich als religiös definierten, befanden sich in den Interviewgruppen der Afghanen und Tschetschenen ausschließlich Muslime, in den syrischen Interviewgruppen Muslime und (einige wenige) Drusen wie Christen, in den eritreischen Interviewgruppen vorrangig Christen und einzelne Muslime.

Ergänzt wurden die Gruppeninterviews in der zweiten Phase des Projektes (Ende 2018/Anfang 2019) durch 10 Experten-Interviews. Vier Interviewpartner kamen hierbei aus den jeweiligen Gruppen der Geflüchteten selbst. Alle von ihnen waren innerhalb ihrer Community nicht nur in Potsdam, sondern Brandenburg-weit gut vernetzt und engagierten sich auch ehrenamtlich. Diese vier

Interviews gaben uns die Möglichkeit, bestimmte Probleme, Stärken und Sichtweisen der jeweiligen *Gesamtgruppe* nochmals mit direkt betroffenen Experten aus der »Vogelperspektive« zu diskutieren. Sechs weitere Interviews wurden mit einheimischen Brandenburgern geführt, die selbst sehr stark in den Prozess der Integration der Geflüchteten involviert sind, entweder durch ihren Beruf (Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, Sozialarbeiter, Flüchtlingspfarrer, Fachstelle Islam) oder durch engagiertes Ehrenamt (Fußballtrainer, Flüchtlingshelfer). Diese sechs Interviews gaben uns die Möglichkeit, komplementäre oder auch gegensätzliche Einschätzungen und Sichtweisen durch die Brille der einheimischen Experten zu erfahren und zu dokumentieren. Hier erwarteten wir v. a. ergänzende Aufschlüsse darüber, wie die untersuchten Gruppen von Geflüchteten bisher schon in Kontakt mit der übrigen Gesellschaft in Brandenburg stehen, wie sie mit ihr interagieren, wie die gegenseitige Wahrnehmung zwischen Geflüchteten und Einheimischen ist und wo sich möglicherweise auch Konfliktpotentiale entwickeln könnten.

Allen Teilnehmern der Gruppeninterviews wurde zugesagt, dass sie im Forschungsbericht nicht namentlich erwähnt werden und ihre persönliche Anonymität vollständig gewahrt bleibt. Dies war umso wichtiger, um mögliche Befürchtungen zu nehmen, dass die Teilnahme an der Studie sich u. U. negativ auf das jeweils laufende Asylverfahren auswirken könnte. Zugesichert wurde ausserdem, dass Formulierungen und Verweise auch nicht indirekt zu einer Identifikation der Teilnehmer führen können. Die Befragten wurden darüber informiert, dass die Studie im Auftrag des Bündnisses für Brandenburg erfolgt und vom Moses Mendelssohn Zentrum koordiniert wird. Sie hatten die Option, sich jederzeit aus den (Gruppen-)Interviews zurückzuziehen, was allerdings in keinem Fall passierte.

Die Zusicherung von Vertraulichkeit und Anonymität schien uns außerdem wichtig, weil wir davon ausgingen, dass zumindest ein Teil der Interviewteilnehmer durch Gewalt- und Verfolgungserfahrungen in den Herkunftsländern in verschiedenlicher Weise traumatisiert ist. Spätestens in dem Moment, wenn die Gruppengespräche bei früheren Extrem-Situationen im Kontext von Krieg und Flucht anlangen würden, würden sie einen quasi »geschützten Raum« benötigen, um sich weiter äußern oder auch emotional reagieren zu können.

Bei den Experteninterviews wurde sowohl den Gesprächspartnern aus den Gruppen der Geflüchteten wie auch den Einheimischen freigestellt, ob sie später namentlich oder nur anonym zitiert werden wollen. Alle interviewten Geflüchteten nahmen das Angebot an, im Bericht anonym zu bleiben.

Sowohl die Gruppeninterviews wie auch die Experteninterviews wurden vollständig transkribiert, und es wurde sichergestellt, dass die Transkription der Daten wörtlich erfolgt. Die Codierung und Auswertung der Gruppeninterviews erfolgte mit Hilfe von MAXQDA. Die Codierung des Interviewmaterials erfolgte textnah, so dass die Terminologien der Befragten übernommen wurden. Die wesentlichen Ergebnisse der qualitativen Auswertung sowohl der Gruppeninterviews wie auch der Experten-Interviews werden in diesem Bericht wiedergegeben.



# 3 Die demographische Situation in Brandenburg

Laut den veröffentlichten Daten des Landes Brandenburg betrug am 30. März 2019 die Anzahl der Menschen, die hier zur ausländischen Bevölkerung gerechnet wurden, 126 272.<sup>9</sup> Darunter befanden sich insgesamt 7 183 Afghanen, 4 672 von ihnen männlich, 2 507 von ihnen weiblich und 4 Menschen mit einem unbekanntem Geschlecht.

Aus Syrien lebten zu diesem Zeitpunkt 17 288 Geflüchtete in Brandenburg. 10 505 von ihnen waren männlich und 6 775 von ihnen weiblich, bei acht Syrern war das Geschlecht unbekannt. Die Anzahl der Eritreer fiel im März 2019 nicht mehr unter die »Top 10« Länder, welche in der Statistik des Landes aufgeführt werden. In der Statistik von Ende 2017 jedoch befanden sich die eritreischen Flüchtlinge noch unter den »Top 10« – mit insgesamt 1 274 Geflüchteten, unter ihnen 1030 männliche und 243 weibliche Geflüchtete (ein Eritreer mit unbekanntem Geschlecht). Tschetschenische Geflüchtete werden unter den Bürgern der russischen Föderation aufgeführt und sind daher nicht genau verifizierbar.

Das statistische Bundesamt vermerkt, dass zum 31. 12. 2017 Brandenburg eine Bevölkerung von 2 504 040 Einwohnern hatte. Von ihnen gehörten 114 830 zur ausländischen Bevölkerung und darunter insgesamt 38 060 Geflüchtete.<sup>10</sup> Ins-

9 Daten und Grafiken »Menschen mit Migrationshintergrund/Ausländische Bevölkerung/Flüchtlinge/Asylsuchende, Land Brandenburg«, Stand März 2019. Siehe: [https://masgf.brandenburg.de/media\\_fast/4055/KOMPENDIUM-03\\_2019.pdf](https://masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/KOMPENDIUM-03_2019.pdf) (Kontakt vom 28. 4. 2019).

10 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/schutzsuchende-2010240177004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/schutzsuchende-2010240177004.pdf?__blob=publicationFile&v=4), S. 34 f. (Kontakt vom 28. 4. 2019).

gesamt gab es zu diesem Zeitpunkt 1 680 700 Geflüchtete in Deutschland. Laut Statistischem Bundesamt betrug der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Brandenburg im Jahr 2018 rund 4,7%.<sup>11</sup> Der Anteil der Geflüchteten betrug im Jahr 2017 lediglich 1,5% der Gesamtbevölkerung.<sup>12</sup> Für einen aktuellen Vergleich lohnt es sich, die Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Ende 2017 heranzuziehen, denn aktuell zu den folgenden Aspekten gibt es noch keine veröffentlichten Daten. Unter den am 31. 12. 2017 insgesamt 38 060 in Brandenburg lebenden Geflüchteten waren 5 840 abgelehnt worden.<sup>13</sup> 5 070 von ihnen waren geduldet ausreisepflichtig, 220 latent ausreisepflichtig und 550 vollziehbar ausreisepflichtig.

---

11 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/auslaend-bevoelkerung-2010200187004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/auslaend-bevoelkerung-2010200187004.pdf?__blob=publicationFile&v=3), S. 23 (Kontakt vom 28. 4. 2019).

12 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/schutzsuchende-2010240177004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/schutzsuchende-2010240177004.pdf?__blob=publicationFile&v=4), S. 35 (Kontakt vom 28. 4. 2019).

13 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/schutzsuchende-2010240177004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/schutzsuchende-2010240177004.pdf?__blob=publicationFile&v=4), S. 34 (Kontakt vom 28. 4. 2019).

# 4 **Leben in Brandenburg**

## 4.1 **Arbeit, Ausbildung, Studium**

In den durchgeführten Gruppeninterviews äußerten die Teilnehmer aus allen vertretenen Geflüchteten Gruppen ein starkes Interesse, möglichst bald eine berufliche Tätigkeit aufnehmen zu können und/oder ihre berufliche Position durch mögliche Ausbildungs-/Fortbildungsmaßnahmen optimieren zu können. Das Interesse wurde sowohl von Männern wie Frauen geäußert. Afghanische Männer nannten als berufliche Wunschvorstellungen u. a. »Elektriker«, »Schweißer« und »Bauarbeiter.« Sie zeigten sich informiert, dass eine solche Option nur mit entsprechenden Berufszeugnissen und Deutschkenntnissen machbar ist. Auch die interviewten afghanischen Frauen betonten ihr Interesse an einer beruflichen Ausbildung, so beispielsweise als Zahntechnikerin, Kindergärtnerin oder Krankenschwester. Eine interviewte Afghanin konnte sich auch eine Ausbildung als Schreinerin, Floristin oder sogar als Bäckerin vorstellen – auch wenn der Bäckerberuf »sehr schwer« sei, »weil man sehr früh aufstehen« müsse.

Eine weitere Afghanin stellte sich als professionelle Sängerin vor, die auch schon Konzerte in verschiedenen deutschen Städten gegeben hat. Auf Grund der bisherigen Sprachbarriere gäbe es aber bisher kaum eine Zusammenarbeit mit deutschen Sängern/-innen, und bei der Organisation ihrer Konzerte sei sie vollständig auf fremde Hilfe angewiesen.

Die afghanischen Geflüchteten kritisierten, dass ihnen beim Erwerb der deutschen Sprache deutlich Grenzen gesetzt seien und sie keine Berechtigung für Kurse mit C1-Abschluss hätten. Dies wirke sich auch als Hindernis aus, wenn ein

Hochschulstudium beabsichtigt wird. Habe man in Afghanistan Abitur gemacht und wolle hier studieren, müsse man ein Zertifikat für das Sprachniveau C1 nachweisen und die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH) ablegen. Zudem würden Afghanen mit dem Status einer Duldung keine finanzielle Studienförderung in Form von Bafög erhalten. Bestenfalls könne man sich mit dem Stipendium einer parteinahen Stiftung behelfen. Mit nur einer Duldung sei es aber ebenso kaum möglich, einen Ausbildungsplatz oder einen Praktikumsplatz zu bekommen. Ohne Pass, so unsere Interviewteilnehmer, sei es schwer, überhaupt eine Arbeit zu finden, zumal viele von ihnen ohne einen Identitätsnachweis nach Deutschland gekommen seien.

Ein anderer afghanischer Interviewpartner machte auf das Problem der fehlenden Anerkennung von ausländischen Hochschulabschlüssen aufmerksam. Er sei selbst Fachinformatiker und würde so wie andere Personen mit Hochschulabschluss hier – wie beispielsweise Ingenieure – mangels Anerkennung des Abschlusses keinen Zugang zum eigentlichen Berufsfeld finden.

Umgekehrt bekundeten auch solche afghanischen Frauen wie Männer Interesse an einer Tätigkeit bzw. einer beruflichen Ausbildung, die im Herkunftsland noch *keinerlei* Ausbildung durchlaufen hatten.

Vonseiten der eritreischen Interviewpartner wurden Berufswünsche wie Schneider, Tischler, Busfahrer und Designer genannt. Ein Teilnehmer berichtete von guten Chancen, demnächst ein Sozialpädagogik-Studium in Potsdam beginnen zu können. Ein Teil der interviewten Eritreer (alle von ihnen lebten in Potsdam) übt Tätigkeiten aus, bei denen kein Berufsabschluss nötig ist (u. a. Hilfsarbeiter in Lagern), zeigte sich damit aber für den Moment zufrieden. Einer der interviewten Männer betonte, dass er »trotz chronischer Migränebeschwerden im Lager« arbeite. Dass gute Deutschkenntnisse im Job wichtig sind, steht auch für die interviewten Eritreer außer Frage. Ein Gesprächspartner merkte allerdings an, dass die Anforderungen, einen Deutschkurs mit Abschluss C1 zu bestehen, ihn »entmutigen« würden.

Bei den interviewten syrischen Geflüchteten wurde häufiger problematisiert, dass es in Brandenburg selbst für qualifizierte Fachkräfte schwierig sei, eine Arbeit zu finden. Einer der Gesprächspartner beklagte, viele der syrischen Fachkräfte müssten beim »Nullpunkt« starten und häufig erst mühselige Praktika

durchlaufen. Andere würden immer wieder Bewerbungen schreiben, doch seien die Antworten leider immer negativ. Ein weiterer syrischer Interviewpartner bemängelte, dass viele Jugendliche sogar den B2 oder gar C1 Abschluss in deutscher Sprache hätten, aber trotzdem keine Arbeit fänden.

Auch für die Kunstschaffenden sieht die Situation offenbar nicht besser aus. So erwägt ein syrischer Interviewpartner, der ausgebildeter Kalligraf ist und sich unter anderem auf religiöse Motive in verschiedenen Schriften spezialisiert hat (Arabisch, Lateinisch), von Brandenburg nach Berlin zu ziehen, um am Ende vielleicht doch noch als Künstler und Kalligraph arbeiten zu können.

Eine syrische Interviewpartnerin erzählte, dass sie schon als Arabisch-Lehrerin gearbeitet und das Jobcenter ihr diese Tätigkeit auch finanziert habe, »aber nur vier Stunden in der Woche«. Dies reiche nicht aus, sie wolle mindestens 30 Stunden in der Woche arbeiten. Das Jobcenter bestehe aber darauf, dass sie zunächst besser Deutsch sprechen müsse.

Von einigen syrischen Gesprächspartnern, die bereits in Lohn und Brot stehen, wurde der »unfreundliche« Umgang manch deutscher Kollegen mit ihnen am Arbeitsplatz kritisiert. Die betreffenden deutschen Kollegen seien an einer Kommunikation mit den Syrern offensichtlich nicht wirklich interessiert.

Zwei unserer tschetschenischen Interviewpartner haben als Sicherheitsbedienstete in Berlin gearbeitet. Einer von ihnen hat nach sieben Monaten wieder aufgehört, weil er täglich eine Fahrtzeit von mindestens vier Stunden zu absolvieren hatte. Seinen »Security-Schein« und eine Ausbildung als Brandschutz Helfer habe er hingegen schon aus eigener Tasche bezahlt.

Eine tschetschenische Interviewpartnerin holt in Brandenburg gerade das Abitur nach. Alle ihre Familienmitglieder hätten jedoch Angst vor einer Abschiebung, und so frage sie sich häufiger, ob es sich überhaupt lohne, in Deutschland das Abitur zu machen. Ein weiterer tschetschenischer Teilnehmer berichtete, dass er bisher keine Ausbildung begonnen habe, weil er auf seine Kinder aufpassen müsse, da die Familie keine Kitaplätze bekommen habe. In Brandenburg habe er eine Ausbildung als Zahntechniker angefangen, diese aber abgebrochen, denn eine Ausbildung mache nur Sinn, wenn man einen deutschen Pass bekomme. Einem weiteren Tschetschenen wurde, wie er berichtete, bei der Ausländerbehörde erklärt, dass er nur mit einer Duldung keine Chance habe, eine Ausbil-

dung zu machen, weil er am »Ende ja doch ausreisepflichtig« sei. Zur Integration gehöre aber Arbeit, ergänzte er in verzweifeltm Ton, und der deutsche Staat solle den Tschetschenen doch bitte Arbeit geben.

Eine tschetschenische Geflüchtete, die seit sechs Jahren in Cottbus lebt, erzählte, dass sie für wenig Geld seit mehreren Jahren gemeinnützige Arbeit leiste. Generell hätte sie schon am zweiten Tag ihres Aufenthaltes in Deutschland zu arbeiten begonnen, zunächst in Eisenhüttenstadt, als Raumpflegerin.

Für die Arbeit im Gesundheitswesen sei das Deutsch-Level B2 Pflicht, berichtete eine tschetschenische Krankenschwester. Aber in Deutschland müsse man bestimmte Sprachkenntnisse vorab nachweisen, und dies mache die Sache sehr schwierig. Die Interviewpartnerin schlug vor, dass eine zentrale Stelle eingerichtet werden solle, über die Geflüchtete als Helfer/-innen in Mensen oder Restaurants vermittelt werden könnten, Interesse und Flexibilität seien vorhanden. Eine weitere Tschetschenin, die in Cottbus lebt, konnte sich vorstellen, auch Arbeiten zu verrichten, die keine größeren Sprachkenntnisse erfordern:

»Es wird gesagt, wir sollen uns integrieren. Zur Integration gehört eine Arbeit. Und eine Arbeit schlägt man uns nicht vor, beziehungsweise gibt man uns nicht, weil man sagt, wir sind ja Asylbewerber. [...] Aber wir würden das nicht schlechter machen als die Deutschen.«

## 4.2 Aufenthaltsstatus

Quer durch alle Gruppen waren sich unsere Interviewpartner einig, dass die Ungewissheit des Aufenthaltsstatus ihre Alltagsprobleme gravierend vergrößert. Besonders unsicher ist der Aufenthaltsstatus offensichtlich für die tschetschenischen Geflüchteten – ein Umstand, der ihnen gerade in Bezug auf Ausbildung, Job und Spracherwerb geringe Spielräume belässt.

Ein tschetschenischer Geflüchteter, der ohne einen Reisepass nach Deutschland gekommen ist, sagte, dass die Ausländerbehörde ihn aufgefordert habe, in der russischen Botschaft einen solchen zu beantragen. Die Ausländerbehörde

habe ihm einerseits eine Erlaubnis gegeben, eine Ausbildung zu beginnen, andererseits sollte er aber auch ein Dokument unterschreiben, dass er Deutschland freiwillig verlasse, sobald eine Abschiebung anstehe, was ihn irritierte.

Auch bei den Afghanen war Irritation und Verbitterung zu spüren. Der unklare Aufenthaltsstatus führe beispielsweise dazu, dass man »noch nicht einmal einen Praktikumsplatz« bekomme, erklärte ein junger Afghane. Durch den ungeklärten Status würden die Afghanen weder arbeiten noch eine Ausbildung machen und erst recht nicht studieren können. Eine Afghanin kritisierte ebenfalls, dass es für ihre Landsleute meist nur eine Duldung gäbe und dass die deutschen Politiker nicht verstünden, dass es in Afghanistan »keine wirkliche Sicherheit« gäbe. In Afghanistan würden »20 verschiedene Staaten im Krieg miteinander« stehen, und doch sollten afghanische Geflüchtete dorthin zurückkehren. Die Gesprächspartnerin forderte im Gruppeninterview einen klaren Abschiebestopp.

Eine weitere Afghanin erklärte zunächst, dass sie es in Deutschland gelernt habe, als Person selbstständig zu werden und ihr eigenes Leben zu gestalten. Gleichzeitig sei ihre Hoffnung auf die Zukunft aber getrübt, da sie nicht wisse, ob sie in Deutschland bleiben dürfe oder nicht: »Das ist ein psychischer Druck, weil ich mit einer anderen Hoffnung hierhergekommen bin.« Mehrere Afghanen seien aus Brandenburg schon abgeschoben worden. Andere Afghanen hätten nun Angst, auf die Straße zu gehen, weil sie befürchteten, dass sie verhaftet werden.

Ein älterer afghanischer Interviewpartner wiederum äußerte sein Unverständnis darüber, dass zwei seiner Familienmitglieder einen Asylstatus erhalten hätten, aber zwei Söhne auch abgelehnt worden seien »Wir haben den Eindruck, dass die alleinstehenden Afghanen hier bewusst schlechter behandelt werden und keinen Asylstatus bekommen«, schlussfolgerte er.

Sein spezielles Problem sei, betonte ein afghanischer Geflüchteter, dass er vom BAMF abgelehnt worden sei, aber vom Verwaltungsgericht nicht geladen werde. Ein anderer afghanischer Interviewpartner fasste zusammen, dass viele Afghanen ohne Pässe nach Deutschland gekommen seien. Die deutsche Regierung solle aber nicht darauf achten, ob jemand einen Identitätsausweis habe oder nicht, sondern darauf, ob die Person arbeiten wolle oder nicht. Auch dieser In-

interviewpartner forderte, dass die Afghanen einen gesicherteren Aufenthaltsstatus und eine Arbeitserlaubnis bekommen sollten.

Eine syrische Geflüchtete verwies darauf, dass in Schweden die syrischen Flüchtlinge schon eingebürgert worden seien, aber in Deutschland würden viele Syrer »lediglich ein Jahr bleiben können«. Ein weiterer Interviewpartner kritisierte, dass die Syrer meist kein politisches Asyl bekämen. Man werde während der Anhörung beim BAMF aufgefordert, Beweise für die Verfolgung zu liefern, aber dadurch könnten in Zukunft noch mehr Probleme für die Betroffenen entstehen.

Mit zusätzlichen Problemen kämpfen offensichtlich die nach Brandenburg gekommenen staatenlosen Palästinenser. Als Geflüchtete hätte sie nur einen subsidiären Schutz und sei auf externe Unterstützung angewiesen, erzählte uns eine interviewte Palästinenserin, die mit ihren Kindern aus Syrien geflohen war. Deutschland sei ihre neue Heimat, und hier wolle sie auch leben. Aber mit einem subsidiären Schutzstatus habe sie keine Hoffnung für die Zukunft. Ein syrisches Ehepaar, das auf der Flucht von den erwachsenen Söhnen und Töchtern getrennt worden ist, welche inzwischen in Schweden leben, hofft auf eine Familienzusammenführung, die aber bisher nicht vollzogen worden sei.

### 4.3 Familie und Kinderbetreuung

Die Bedeutung der Familie für das eigene Leben wurde in allen unseren Interviewgruppen ausdrücklich betont. Wo immer es möglich war, sei man im Familienverband geflohen. Interviewpartner aus verschiedenen Gruppen berichteten darüber, dass ihre Familien aber gerade während der Flucht auseinandergerissen und getrennt wurden. Teilweise seien die Trennungen erst in Europa zustande gekommen. So berichtete eine Afghanin, dass ihre Familie zur Hälfte in Norwegen untergekommen sei, und eine andere Hälfte nun in Deutschland lebt.

Ein junger Syrer, der mit seinen Eltern nach Deutschland geflüchtet ist, musste seine Ehefrau und seine Kinder zurücklassen. Er hat einen subsidiären Schutz bekommen. Seit drei Jahren habe er versucht, durch eine Familienzusammen-

führung seine Frau und Kinder, die gegenwärtig in den Arabischen Emiraten leben würden, nach Deutschland zu bringen – bisher erfolglos. Seine syrische Familie habe in den Emiraten aber keinen Status und kein Geld.

Ein eritreischer Geflüchteter lebt getrennt von seiner Frau, die sich in Äthiopien aufhält. Er besitzt keine Eheurkunde, denn in Eritrea würde man einfach nur in der Kirche heiraten.

In Deutschland müsse er nun »amtliche Papiere« über die Hochzeit nachweisen, die er aber nicht habe. Ein anderer eritreischer Flüchtling bestätigte, dass er zuerst gekommen sei, und in seinem Fall habe es eine Familienzusammenführung gegeben. Seine Frau lebe nun mit ihm zusammen in Potsdam. Die beiden Kinder würden aber immer noch »in der Heimat bei den Großeltern leben.« Es sei schwierig, die Kinder aus Eritrea nach Europa zu bringen. Man wolle es aber über Äthiopien oder Sudan versuchen, die Kinder nach Deutschland zu holen.

Eine tschetschenische Familie berichtete, dass sie trotz der sehr schwierigen Flucht komplett zusammengeblieben sei. Auch sie seien wegen der Kriegssituation gekommen.

Eine syrische Mutter, die schon erwachsene Kinder hat, möchte ihre 25-jährige Tochter und ihren 27-jährigen Sohn nach Deutschland bringen, im Zuge der Familienzusammenführung. Die Kinder würden derzeit in der Türkei leben.

Diejenigen Familien, die es mit ihren Kindern bis nach Deutschland bzw. Brandenburg geschafft haben, sind an einer bestmöglichen Versorgung und Perspektive für die Kinder interessiert. Hier stoßen sie aber des Öfteren auf unvorhergesehene Probleme, manchmal auch im kommunalen Kindergarten. So kritisierte ein afghanischer Vater:

»Man hilft den Kindern im Kindergarten nicht mit einer Extrabetreuung, damit sie tatsächlich gut Deutsch lernen. Dann werden sie eingeschult in die erste Klasse und müssen manchmal sogar zweimal, dreimal die erste Klasse wiederholen, weil sie eben nicht ausreichend Deutsch können.«

Eine Palästinenserin, die mit ihrem Mann und den beiden Kindern hier lebt, sagte, es sei sehr wichtig für sie, dass die »Kinder in einer muslimischen Community

sind«. Sie seien schließlich Muslime. Es sei für die Kinder allerdings sehr schwierig, Freunde im Kindergarten zu finden.

Ein syrischer Interviewpartner und achtfacher, religiöser<sup>14</sup> Vater berichtete, dass seiner zehnköpfigen Familie bereits eine großräumige Wohnung in einem Neubaugebiet vermittelt worden war. Nachdem es Probleme mit den dortigen Nachbarn gegeben hatte, die sich über vermeintlich zu viel Lärm der Kinder beschwert hatten, zog die Familie in das vorherige Flüchtlingsheim zurück, da sie keine alternative Wohnung finden konnte. Dies habe zur Folge, dass seine Ehefrau und die Kinder »psychologische Probleme« bekommen hätten.

Sowohl eine junge syrische wie auch eine junge tschetschenische Familie berichteten von der bisher erfolglosen Suche nach einem Kitaplatz für ihr Kleinkind, so dass zumindest einer der Ehepartner keinen Deutschkurs besuchen könne, sondern zu Hause für die Betreuung des Kindes gebraucht würde.

Ein weiterer tschetschenischer Interviewpartner ist mit Mutter und Frau vor fünf Jahren nach Brandenburg gekommen, inzwischen hat die Familie sechs Töchter. Die Mutter zog aus praktischen Gründen zunächst mit der Familie in eine gemeinsame Wohnung, doch bis heute blieb die Suche nach einer gewünschten eigenen Wohnung für sie erfolglos. Der noch junge Familienvater (und Interviewpartner) betonte, er mache sich oft Sorgen um seine Kinder. Da ihm in der momentanen Situation kein Auto zustehe, würden sich in der ländlichen Gegend, in der die Familie wohnt, durchaus problematische Situationen ergeben. Wenn eines der Kinder beispielsweise am Wochenende oder in der Nacht hohes Fieber bekomme, könne er nichts tun.

---

14 Der gläubige Muslim verließ zwischenzeitlich das Gruppeninterview, um ein Nachmittagsgebet zu verrichten.

## 4.4 Sprache, Spracherwerb, Schule und Fortbildung

Im Allgemeinen bestätigten unsere Interviewpartner die Notwendigkeit, sich möglichst umfassende und gute Deutschkenntnisse aneignen und die vorhandenen Kursangebote nutzen zu müssen. Ein Teil von ihnen räumte zugleich ein, dass ihnen das Erlernen der deutschen Sprache sehr schwerfalle.

Gleichzeitig ist es vielen erwachsenen Geflüchteten offensichtlich wichtig, dass ihre Kinder aus Gründen der kulturellen Identität die Sprache des Herkunftslandes ebenfalls erlernen und dann auch in Erinnerung behalten. Ein afghanischer Interviewpartner erklärte dazu:

»Wir wollen auch hier Persisch lernen. Weil in Afghanistan hatte ich nicht die Möglichkeit, Persisch lesen und schreiben zu lernen. Wir wollen hier auch einen Persisch-Lehrer haben, also der uns sowohl Persisch als auch Deutsch lehrt.«

Eine weitere afghanische Gesprächspartnerin betonte, dass es für ältere Menschen nicht einfach, sei Deutsch zu lernen, »aber vielleicht für die Kinder.« Die »Deutschen« würden »häufig behaupten«, dass sie »die Steuern bezahlen, aber die Flüchtlinge schlafen und gar nichts machen« würden, doch dies stimme nicht. Man müsse den Geflüchteten ein wenig Zeit geben, um Deutsch zu lernen.

Als Ursache für die bestehenden Defizite im bisherigen Erwerb der deutschen Sprache sehen die afghanischen Interviewpartner aber auch strukturelle Gründe, und in manchen Fällen auch einen Unwillen bei den deutschen Verantwortlichen. Einer von ihnen äußerte, die Afghanen seien wie »Bäume ohne Wurzeln«, insbesondere diejenigen, die »abgelehnt werden.« Sie hätten keine wirkliche Chance, zur Schule zu gehen und zu studieren.

Eine junge Afghanin, die schon seit drei Jahren in Potsdam lebt, sagte, dass sie an einer Willkommensklasse teilgenommen habe, als sie noch minderjährig war, aber die Schüler und Lehrer hätten sich »rassistisch« verhalten. Daher hatte sie überhaupt keine Motivation mehr, zur Schule zu gehen. Inzwischen habe sie die Schule gewechselt, das Klima sei dort besser.

Ein afghanischer Gesprächspartner kritisierte, dass Angehörige seiner Gruppe an der Volkshochschule nur Deutschkurse bis zum B1-Niveau kostenlos be-

legen könnten. Ein weiterer Interviewter aus Afghanistan berichtete, dass er gegenwärtig im Selbststudium für eine C1-Prüfung lerne, da er das Geld nicht habe, sich den dazugehörigen Kurs zu finanzieren.

Ebenfalls ein Afghane äußerte, dass er Analphabet sei. Beim Jobcenter könne er sich nicht verständigen. Er brauche einen Dolmetscher, würde aber keinen bekommen. Der »Chef vom Sozialamt« habe gesagt: »Wenn ihr einen Dolmetscher haben wollt, geht und bezahlt den Dolmetscher selbst.« Dabei reiche sein »Geld nicht einmal für Zigaretten« aus, sagte der Afghane.

Ein weiterer Interviewpartner beklagte, dass die Afghanen nicht an Integrationskursen teilnehmen könnten und viele Afghanen noch nicht einmal einen B2-Deutsch-Kurs gewährt bekämen. Manche Afghanen würden aber trotzdem die Erlaubnis bekommen, einen B2-Abschluss zu absolvieren. Unverständnis äußerte der Interviewpartner aber besonders darüber, dass die syrischen Geflüchteten deutlich bessere Möglichkeiten in Bezug auf Deutschkurse hätten als die Afghanen.

Unsere eritreischen Interviewpartner äußerten sich insgesamt sehr optimistisch, sie sahen »keine schwerwiegenden Probleme« in ihrem momentanen Leben in Deutschland. Einige Sprachprobleme benannten sie dennoch. So schätzte ein eritreischer Flüchtling ein, dass die deutsche Sprache eine »große Mauer« für viele Menschen aus seiner Gruppe sei. Eritreer müssten ein B2-Zertifikat nachweisen, um eine gute Arbeit zu finden, berichtete er. Manche Firmen würden sogar ein C1-Zertifikat verlangen, und dies sei ein echtes Problem.

Ein anderer eritreischer Interviewpartner erklärte, dass die eritreische Sprache eine semitische Sprache sei und wohl deshalb der Erwerb der deutschen Sprache eher schwerfalle. Insbesondere die Aussprache und das Alphabet würden von Eritreern als Problem beschrieben.

Auch in der Gruppe der Eritreer beschwerte sich ein Interviewpartner über die Deutschkurs-Lehrer. Diese könnten den Lernstoff »nicht gut erklären« und hätten »keine Lehrerfahrung«. Auch die Integrationskurse wurden von einigen eritreischen Interviewpartnern kritisiert, sie seien »ein großes Problem«. Ein weiterer eritreischer Gesprächspartner schätzte ein, die Lehrer der Deutschkurse würden die Kursteilnehmer oft »entmutigen«. Viele Lehrer hätten zudem einen

Migrationshintergrund, die Eritreer wünschten sich aber einen »deutschen Lehrer«.

Unzufriedenheit mit der Qualität der Deutschkurse ließ sich in allen Städten, in denen wir die Gruppeninterviews durchgeführt haben, feststellen. Als Begründung für die Unzufriedenheit, auch bei den Syrern, kamen die mehr oder weniger gleichen Gründe: Man ist mit den Sprachlehrern mit Migrationshintergrund unzufrieden und macht diese verantwortlich für eine vermeintlich schlechte Qualität des Unterrichts.<sup>15</sup> Offen geäußert wird auch die Vermutung, Deutschlehrer mit Migrationshintergrund seien »billiger« als einheimische Deutsche.

Ein anderer Eritreer schätzte für seine eigene Gruppe aber auch kritisch ein, dass viele keinen »Bildungshintergrund« besäßen, und dies würde das Erlernen der deutschen Sprache ebenfalls erschweren. In ähnlicher Weise selbstkritisch bemerkte ein weiterer Eritreer, dass es nicht ausreiche, Deutsch nur in der Schule oder auf Youtube zu lernen. Es fehle der Kontakt zur Gesellschaft, und deswegen könne man die erlernte Sprache bisher kaum praktisch anwenden. Vorgeschlagen wurde die Schaffung einer Einrichtung, »wo man sich in lockerer Weise treffen« könne, auch mit Deutschen, und in der »zwanglos auf Deutsch kommuniziert« würde.

Ein syrischer Interviewpartner hebt hervor, dass er gut Englisch und Arabisch sprechen würde, und jetzt müsse er eben Deutsch lernen. Er würde gerne in einer Firma arbeiten und Deutsch lernen. Seine Kinder würden die deutsche Sprache im Übrigen sehr schnell lernen.

Die noch mangelnden Sprachkenntnisse, so ein weiterer syrischer Interviewpartner, würden dazu führen, dass viele Eltern nicht zum Elternabend in die Schule ihrer Kinder gehen würden. Die Lehrer wiederum würden gegenüber den syrischen Eltern und Familien behaupten, dass ihre Kinder erhebliche Lernprobleme hätten. Doch sie hätten »keine Geduld für die Kinder«, bemängelt ein syrischer Familienvater. Die Lehrer würden auf sein Kind nicht reagieren, wenn es Fragen habe. Ein anderer syrischer Vater betonte hingegen, dass seine Kinder in

---

15 Kritisiert wird in methodischer Hinsicht auch, dass man »zwar jeden Tag Grammatik« lerne, aber es gebe »kaum die Möglichkeit, Deutsch zu sprechen«. Kritik geübt wurde außerdem an den Lehrern der BAMF-Kurse. Die Lehrer in diesen Kursen würden »den Lernstoff kaum erklären können«.

Syrien einige Jahre nicht zur Schule gehen konnten, und er sei sehr dankbar, dass sie nun in Deutschland endlich wieder Unterricht bekommen würden.

Eine Syrerin erzählte wiederum, dass es für sie mit 56 Jahren sehr schwer sei, noch einmal eine neue Sprache zu lernen. Ihr Ehemann fügt hinzu, dass sie Diabetes habe und trotzdem 5–6 Stunden täglich in einem Intensivkurs Deutsch verbringen würde. Das Lernen fiele ihr sehr schwer und ein zusätzliches Problem ergäbe sich durch das unterschiedliche Sprachlevel der Kursteilnehmer. Unter jüngeren Menschen liege das Level erwartungsgemäß höher.

Aber auch in der jüngeren Generation, und teilweise auch bei den Schülern, ist das Problem der Sprachbarriere offensichtlich noch nicht ausgestanden – und wird teilweise auch Anlass und Spielball für Konflikte. So berichtete eine syrische Familie in Frankfurt/Oder nicht ohne Stolz, dass eine ihrer Töchter Klassensprecherin in einer »normalen deutschen Klasse« geworden sei. Ihre jüngere Schwester jedoch habe einige Schwierigkeiten mit der Schule und gehe in eine Klasse, wo viel auf Arabisch kommuniziert werde. Ihr Deutsch sei bisher rudimentär geblieben, und so habe sie enorme Probleme, mit ihren deutschen Mitschülern zu kommunizieren. Die Tochter selbst beklagt nun, dass es »so viel Rassismus in der Schule« gäbe. Ihre Mutter erzählte im Interview, dass die Tochter, die in der arabischen Klasse lernt, etwa einen Monat vor unserem Interview zum ersten Mal angefangen habe, ein Kopftuch zu tragen. Einen Zusammenhang mit den (Deutsch-)Kommunikationsschwierigkeiten sieht sie allerdings nicht.

Ein tschetschenischer Interviewpartner betonte seinerseits, dass es für ihn selbstverständlich sei, dass er Deutsch lernen müsse. Wenn er in China leben würde, würde er auch »chinesisch sprechen«. Er erklärte auch, dass er zwar die deutsche Grammatik nicht beherrsche, aber schon jetzt gerne anderen Tschetschenen helfen würde, die dabei seien, den A1-Abschluss zu machen. Er selbst habe den B1-Abschluss absolviert.

Ein weiterer tschetschenischer Interviewpartner berichtete, dass er einen Sprachkurs nach drei Monaten abgebrochen habe, da die Mitarbeiter des Sozialamtes ihm gesagt hätten, dass er ohnehin wieder in seine Heimat abgeschoben werde und es daher keinen Sinn mache, dass er Deutsch lernt. Ein weiterer Tschetschene verwies darauf, dass es in den Aufnahmeheimen Anmelde Listen für Sprachkurse gäbe. Er habe sich in eine solche Liste eingetragen. Später habe

man ihm aber gesagt, dass zuerst die Afghanen und Syrer berücksichtigt würden, da die Tschetschenen keine Bleibeperspektive hätten. In diesem Zusammenhang warf er die Frage auf, wie er sich unter solchen Verhältnissen mit seiner Familie in Deutschland integrieren sollte.

#### *Kritik an der Behandlung der Kinder in den Schulen*

Kritik an der Behandlung von Kindern mit Migrationshintergrund kam vor allem von tschetschenischen Eltern. Eine tschetschenische Mutter aus Cottbus kritisierte das Schulsystem, weil ihr Sohn wegen vermeintlich nicht erbrachter Leistung eine schlechte Note bekommen habe, obwohl er offenbar nur etwas undiszipliniert gewesen sei. Die Mutter argumentierte, man dürfe »nicht die Disziplin und eine Note für Fachwissen durcheinanderbringen«. Eine andere tschetschenische Mutter kritisierte hingegen, dass ihr Sohn »zu viel Freizeit im Oberstufenzentrum« hätte. Offensichtlich wollte sie damit zum Ausdruck bringen, dass das deutsche Schulsystem ihrer Meinung nach nicht genügend leistungsorientiert sei. Eine dritte tschetschenische Mutter erzählte, dass ihr Sohn nicht gerne zur Schule gehe, weil die Lehrer nur die Einheimischen unterstützen würden. Wenn aber Unruhe in der Klasse vorherrsche, sagte sie, würden die Lehrer immer zuerst »die Ausländer« für die entstandene Unruhe verantwortlich machen.

## 4.5 Erfahrungen mit Behörden

Nirgendwo wurde in den von uns geführten Gruppeninterviews mehr Kritik geübt als bei den bisherigen Erfahrungen mit den Behörden. Die meisten Äußerungen waren negativ. Insofern sich die Interviewpartner zu ihren Erfahrungen mit den Behörden äußerten, fühlten sie sich von den diversen Ämtern nicht oder zu wenig unterstützt, teilweise äußerten sie sogar den Eindruck, dass die Behörden ihnen eher Steine in den Weg legen würden, anstelle ihnen zu helfen.<sup>16</sup> Kriti-

---

<sup>16</sup> Hinter der massiven Kritik an Behörden kann sich, wie aus anderen Studien über Migration bekannt, beides verbergen: Berechtigte Kritik an unprofessionellem Umgang mit den Klienten

siert wurden »Sprache und Umgangston« der behördlichen Vertreter, »mangelnde Flexibilität«, »fehlendes Verständnis« für persönliche Problemlagen. Zugleich wurden im Kontext der Gespräche über die individuellen Erfahrungen mit den Behörden aber auch Probleme thematisiert, mit deren Lösung die lokalen Behörden überfordert wären (wie beispielsweise die Änderung bzw. Verbesserung des Aufenthaltsstatus oder Fälle von Familienzusammenführung).

In manchen der Gruppeninterviews wurden von den Gesprächspartnern auch explizit Anerkennung und Dankbarkeit für die erwiesenen Hilfen der Behörden geäußert. Wurden die Behörden hingegen kritisiert, fielen die Statements eher länger und teilweise auch sehr emotional aus, wie die hier aufgelisteten Beispiele zeigen:

- ♦ Heftig kritisiert wurde von verschiedenen Gesprächspartnern, dass die Jobcenter nicht über Dolmetscher für die Sprachen mancher Geflüchteten verfügen würden, während diese für andere wiederum vorhanden seien. So kritisierte ein afghanischer Interviewpartner, das Jobcenter in Potsdam habe keine Dolmetscher für Dari/Persisch, aber für die Syrer würde es Dolmetscher für die arabische Sprache geben. Ein Mitarbeiter des Jobcenters habe daraufhin zu ihm gesagt: »Sie sind schon seit zwei Jahren hier, und Sie müssen perfekt Deutsch sprechen. Warum brauchen Sie einen Dolmetscher?« Er sei aber älter, könne daher nicht so schnell Deutsch lernen und bräuchte noch einige Zeit. Dennoch würde man ihm keinen Dolmetscher zur Seite stellen.
- ♦ Ein eritreischer Flüchtling kritisierte ebenfalls das Fehlen von Dolmetschern bei der Ausländerbehörde. Wenn er einen Termin habe, könne er ohne einen Dolmetscher in Tigrinya sein Anliegen nicht erklären. Viele Eritreer hätten, ähnlich wie er, in migrations- und sozialrechtlicher Hinsicht keine Vorbildung, und wären daher umso mehr auf die Hilfe von Dolmetschern angewiesen.

---

ten, aber auch eine Projizierung individueller Frustrationen auf vermeintlich Verantwortliche für das Dilemma ungelöster eigener Integrationsprobleme. Vgl. hierzu bspw. Larissa Remennick, *Russian Jews on Three Continents. Identity, Integration and Conflict*, London 2012.

- ◆ Aus mehreren Geflüchtetengruppen heraus wurde kritisiert, dass bestimmte Dokumente aus dem Herkunftsland entweder nicht anerkannt würden oder die Überprüfung ihrer Echtheit nicht übernommen würde. So beklagte ein afghanischer Interviewpartner den Umstand, dass seine afghanischen (Ausbildungs-) Zeugnisse von den hiesigen Behörden nicht akzeptiert würden, einschließlich Hochschulabschluss. Die hiesigen Behörden würden nicht akzeptieren, dass jemand in Afghanistan studiert habe, vielmehr würde man verlangen, dass das afghanische Auswärtige Amt die Zeugnisse bestätigen würde, und besagtes Amt würde das – im Falle der Geflüchteten – »natürlich nicht machen.«
  
- ◆ Eine syrische Gesprächspartnerin sprach allgemein davon, dass sie Probleme mit der »Bürokratie in Deutschland« habe. Die Behörden würden die Probleme der Geflüchteten nicht verstehen. Zudem würden sie nicht wirklich bei der Wohnungssuche helfen, sagte ein Syrer.
  
- ◆ Von einem besonderen Problem mit den Behörden berichteten uns staatenlose Palästinenser, die aus Syrien gekommen sind. In einer der interviewten Familien hätten die Töchter einen anderen Status bekommen als die Eltern. Die einen seien nun als Syrer aufgeführt, die anderen als Staatenlose, obwohl sie alle Palästinenser aus Syrien seien. Die verschiedenen Mitarbeiter in ein und derselben Behörde würden offenbar nicht richtig kooperieren, so die geäußerte Schlussfolgerung.
  
- ◆ Eine andere Syrerin erzählte uns, dass das Jobcenter für sie eine Arbeit in einer Küche gefunden habe. Sie hätte dort 10 Euro pro Stunde verdient. Gleichzeitig habe der Mitarbeiter des Jobcenters ihr erklärt, dass – falls ihr Deutsch sich verbessern würde –, sie Aussicht auf besser bezahlte Arbeiten habe. Zudem solle sie die Arbeit nicht annehmen, da der Lohn nicht ausreiche, um die Miete zu zahlen. Sie solle zu Hause bleiben, und das Jobcenter werde sie unterstützen.<sup>17</sup>

---

17 Die Aussage an dieser Stelle wirkt eher widersprüchlich, da im Allgemeinen jedes Jobcenter bemüht ist, schon aus Gründen der Statistik möglichst viele Menschen in Lohn und Arbeit zu bringen.

- ◆ Als Behörde wird zumindest von einem Teil der Geflüchteten auch die Polizei betrachtet – und ebenfalls teils heftig kritisiert. So kritisierte in einem der Gruppeninterviews ein tschetschenischer Mann, dass die Polizei nicht immer auf die Hilferufe der Tschetschenen eingehe. Im Falle seiner Tochter, die einst im Flüchtlingsheim bedroht worden sei, habe die Polizei überhaupt nichts unternommen. In einem anderen Fall sei er von einem Afghanen mit dem Messer bedroht worden, aber auch dies sei der Polizei »egal gewesen«.
- ◆ Äußerst kritisch betrachtete ein Teil der von uns interviewten Tschetschenen auch einen Einsatz der Cottbuser Polizei vom Juni 2019. Nach einer Schlägerei zwischen Afghanen und Tschetschenen hatte die Polizei schließlich 26 Tschetschenen aus einem Flüchtlingsheim inhaftiert und eine Nacht lang festgehalten. (vgl. hierzu Kap. 5.4)
- ◆ Ein syrischer Interviewpartner beklagte seinerseits den Umstand, dass man bei der örtlichen Polizei keinen Notruf auf Englisch aufgeben könne. Man könne sich nicht mit der Polizei auf Englisch verständigen, und daher würde man manchmal versuchen, die Arbeit der Polizei »gleich selbst zu lösen«. Niemand aus seiner Gruppe würde bei der Polizei beispielweise eine Anzeige erstatten, wenn man das jeweilige Vorkommnis, auch bei Konflikten untereinander, als »eher unbedeutend« einschätzen würde.
- ◆ Frustriert äußerte sich wiederum ein tschetschenischer Interviewpartner, der beim Sozialamt Geld für die Benzinausgaben seines Autos beantragt hatte. Für eine Monatskarte im öffentlichen Nahverkehr würde das Sozialamt 50 Euro zahlen. Er habe beantragt, stattdessen Geld für Benzin zu bekommen, was nicht bewilligt worden sei. Dies legte er den Behörden als mangelnde Flexibilität aus.

## 4.6 Teilhabe und Engagement: Vereine, Sport, Ehrenamt

Nicht wenige der von uns interviewten Geflüchteten waren stark daran interessiert – unabhängig von bisherigen Integrationsfortschritten wie auch unabhängig von ihrem aktuellen Aufenthaltsstatus –, ihre eigenen Netzwerke durch Vereinsarbeit, aktive Freizeitgestaltung oder auch durch ehrenamtliche Hilfstätigkeit zu erweitern und auf diese Weise auch mehr am öffentlichen Leben teilzuhaben. Insbesondere traf dies auf die jüngeren Geflüchteten zu.

Einer unserer Interviewpartner, der gleichzeitig als Experte interviewt worden ist, berichtete darüber, dass er zusammen mit einigen Mitstreitern seit Monaten die Gründung eines afghanischen Kulturvereins in Oranienburg vorbereite.<sup>18</sup> Der Verein will in ganz Brandenburg agieren, Kulturveranstaltungen organisieren, aber auch allgemeine Integrationshilfen für Frauen, Männer und Kinder anbieten, u. a. auch Fortbildungsseminare für Frauen. Besagter Interviewpartner plante auch, für den Brandenburgischen Migrantenbeirat im Mai 2019 zu kandidieren, und will dort nach eigenem Bekunden auch die Interessen von Geflüchteten aus anderen Ländern mit vertreten.

Ein afghanischer Interviewpartner in Cottbus äußerte seinerseits die Idee von der Gründung einer »Moslem Association«. Diese muslimische Gesellschaft würde sich um religiöse Aufgaben kümmern, solle aber sehr praktisch orientiert arbeiten. Jedes Mitglied in der künftigen »Moslem Association« solle eine Jahresgebühr von 40 Euro zahlen, damit der Verein arbeitsfähig sei. Man könne sich dann beispielsweise »um die Heiratsangelegenheiten und Todesfälle kümmern«. Einer der Afghanen im gleichen Gruppeninterview äußerte sich skeptisch zu diesem Plan, denn die Afghanen würden sich »niemals untereinander einig« werden. Der Staat solle die Verantwortung dafür übernehmen.

---

18 Ein weiterer afghanischer Gesprächspartner ergänzte, dass einige Afghanen sich für einen solchen Verein einsetzen würden, damit die Religion, die Geschichte und Kultur der Afghanen hier weiter kultiviert werde. Unter anderen Afghanen gäbe es aber auch viel Skepsis gegenüber der Vereinsidee.

Ein Teil der Akteure aus den afghanischen Interviewgruppen engagiert sich auch übergreifend politisch, so beispielsweise in Initiativen wie »Mut gegen Rassismus«. Ein Afghane erzählte, dass er im Jahr 2017 an einer Demonstration gegen Abschiebung in Berlin teilgenommen habe, zu der 15 000 Menschen gekommen seien.

Viele der Jüngeren aus sämtlichen Geflüchtetengruppen sind in Brandenburg sportlich aktiv unterwegs – nicht nur in Fitnessstudios, sondern auch in Volleyball- und Fußballmannschaften, wie in der Stadt Brandenburg und in Beeskow. Ein eritreischer Interviewpartner berichtete auch, dass er über die Universität Potsdam die Möglichkeit bekommen habe, Volleyball zu spielen. Es sei kein Verein, aber Deutsche und Migranten würden gemeinsam spielen. Ein anderer Eritreer erzählt, dass er gern schwimmen gehe. Aber im Schwimmbad könne man auch keine Kontakte schließen. Die Deutschen wollten im Schwimmbad in Ruhe schwimmen.

Viele christliche Eritreer treffen sich regelmäßig in der eritreischen Kirche in Berlin-Zehlendorf, manche aber auch in evangelischen Kirchen in Potsdam. In der eritreischen Kirche würde man nur »einfach mit Gott sprechen, nicht mit Menschen«. Anders als in der evangelischen Kirche, würde man in der eritreischen Kirche nicht über Integration reden und diskutieren.

Ein syrischer Interviewpartner, der gleichzeitig als Experte von uns interviewt worden ist, berichtete, dass er 2016 ein vollkommen neues Kultur-Projekt gegründet habe: Arabische Tanzgruppen in Potsdam. Das Problem sei gewesen, dass die Initiatoren keinen Raum für die Übung von traditionellen arabischen Tänzen bekamen. Dennoch seien auch viele Einheimische gekommen, um die arabischen Tänze kennenlernen. Der Verein habe sich insgesamt aber nicht ausreichend unterstützt gefühlt.

In Frankfurt/Oder erzählte uns eine Syrerin, dass sie in einem gemeinnützigen Verein Kindern die arabische Sprache beibringen würde. Sie habe auch an der Volkshochschule an einem internationalen Kochkurs teilgenommen, und es sei am Ende der Veranstaltung eine kleine Publikation über die internationale Küche entstanden.

Ein Tschetschene berichtete, dass er als Helfer im lokalen Technischen Hilfswerk mitarbeite. Er würde sich dort sehr einbringen. Wenn Bäume gefällt wer-

den müssen, »wenn es irgendwo im Sommer brennt, bei Waldbränden, weil es zu heiß geworden ist«, oder bei Überschwemmungen. In Berlin-Wittenau, erklärte der Interviewpartner weiter, hätten die Tschetschenen der Region zudem einen guten Anlaufpunkt. Im kaukasischen Zentrum könnten die Tschetschenen beten, in Sprachkursen russisch und tschetschenisch lernen, auch Deutsch. In dem Verein würden auch Georgier und Inguschetier verkehren. Unser tschetschenischer Gesprächspartner äußerte im Experteninterview ebenfalls die Absicht, einen Verein zu gründen.

## 4.7 Gesundheit

Wurde das Thema Gesundheit angesprochen, äußerten die meisten unserer Interviewpartner, dass sie die hiesige medizinische Versorgung sehr wertschätzen. In indirekter Weise wurde darüber hinaus der Wunsch nach intensiverer psychologischer Begleitung, möglicherweise auch in Form von Therapien, zum Ausdruck gebracht.

Eine afghanische Interviewpartnerin versuchte zu verdeutlichen, dass viele Menschen aus ihrer Gruppe inzwischen mit psychischen Probleme zu kämpfen hätten, da ihr weiteres Schicksal auf Grund des ungeklärten Aufenthaltsstatus ungewiss sei. Ein Eritreer erzählte seinerseits, dass seine Familie in Äthiopien leben würde und er sich hier nicht konzentrieren könne, um etwas zu lernen. Er habe häufig Migräne und Kopfschmerzen.

Auch andere Interviewpartner deuteten an, dass sie unter psychischen Anspannungen und Schlafproblemen leiden würden, oder erwähnten Verwandte, die dies betreffe. Ein tschetschenischer Interviewpartner erzählte, dass seine Mutter zu 40 % schwerbehindert sei und zudem psychische Probleme habe, und er unsicher sei, wie er ihr zusätzlich helfen könne.

Eine Syrerin erzählte, dass sie Angst vor der Zukunft habe. Sie wisse, dass sie zwar eine Krankenversicherung habe, aber die vollständigen Kosten ihrer Zahnbehandlung würden nicht übernommen werden. Sie brauche Ersatzzähne und Brücken, und diese seien sehr teuer.

Eine weitere Syrerin kritisierte, dass der medizinische Versorgungsdienst mit Fachärzten lückenhaft sei. Sie bekomme immer nur in großen Abständen einen Behandlungstermin.

Ein syrischer Mann berichtete, dass er wegen seiner Rückenprobleme nicht arbeiten könne. Er habe einen Wirbelsäulenschaden, da in Aleppo auf ihn geschossen worden sei, und er leide noch heute unter den Kriegsfolgen.

Insgesamt war aber viel Lob für die Ärzte und die medizinische Versorgung zu hören, insbesondere von tschetschenischen Eltern bzw. Frauen. Einige von ihnen haben Kinder mit schweren gesundheitlichen Schäden bzw. Behinderungen, und die meisten von ihnen äußerten ihre Dankbarkeit, im Aufnahmeland ihre Kinder viel besser behandelt zu sehen als je zuvor.

Auch ein junger Mann, der am zweiten Gruppeninterview mit den Eritreern teilnahm, zeigte sich voll des Lobes für die hiesige Medizin. Erst 2017, in Deutschland, habe man festgestellt, dass er von 2014 bis 2017 nahezu gehörlos war, ohne dass jemand (auf der Flucht) die Diagnose gestellt hätte. Er ist in Deutschland operiert worden und kann seitdem wieder sehr gut hören.

## 4.8 Wohnen

Obwohl viele unserer Interviewpartner schon in den Jahren 2015 und 2016 nach Brandenburg gekommen sind, scheint sich für einen Teil von ihnen die Wohnsituation noch nicht zufriedenstellend geklärt zu haben. Bei den Gruppen der afghanischen wie auch der tschetschenischen Geflüchteten kann dies objektiver Weise auch damit zusammenhängen, dass die Wohnungsvermittlung auf Grund des (noch) ungeklärten Aufenthaltsstatus nicht zustande kommt – ein Umstand, dem die Betroffenen allerdings wenig Verständnis entgegenbringen. So äußerte ein afghanischer Vater in Cottbus, dass das Leben in einem Heim besonders für jüngere Geflüchtete besonders problematisch sei, und er fragte uns:

»Wir, als Eltern, haben keine Probleme. Aber die Kinder haben echte Platzprobleme. (...) Laut Gesetz sollen die Geflüchteten nur höchstens 15 Monate in einem Heim

leben. Warum leben wir seit über zwei Jahren in einem Heim? Und wenn wir hingehen zum Jobcenter und erwähnen das sogar, dass wir so lange schon dort leben, kriegen dann noch mehr Probleme.«

Deutliche Kritik kam während der Gruppeninterviews aber auch von *syrischen* Familien, die die Aufnahmeheime bisher ebenfalls noch nicht verlassen konnten. An einem der syrischen Gruppeninterviews beteiligte sich auch ein Teenager aus Potsdam, der ein Gymnasium in der Stadt besucht, für den es »zu Hause im Aufnahmeheim« aber extrem schwierig sei, zu lernen und Hausaufgaben zu erledigen. Der junge Mann erklärte:

»Ich bin immer in der Bibliothek, aber das reicht nicht. Ich will auch wenigstens Pause zu Hause haben und mein eigenes Zimmer haben. Aber zurzeit läuft alles so schlecht. Meine Noten werden irgendwie schlechter.«

In seinem Fall wolle sich nun die Schulleitung beim Wohnungsamt dafür einsetzen, dass die Familie schnell eine Wohnung bekommt, berichtete der Schüler.

Ein tschetschenischer Interviewpartner erzählte von seinen vergeblichen Bemühungen, eine Privatwohnung zu bekommen. Man brauche einen Wohnberechtigungsschein, den er nur bekommen würde, wenn er eine mindestens einjährige Aufenthaltserlaubnis nachweisen könne, was ihm aber fehle. Deswegen sei es für ihn unmöglich, eine Wohnung zu mieten. Das Leben im Heim, bemerkte er, sei »manchmal gewalttätig«.

Ein anderer tschetschenischer Interviewpartner berichtete von der angebotenen Möglichkeit, in ein kleines Dorf in Brandenburg zu ziehen. Dadurch, so seine Einschätzung, verringere sich aber sehr die »Möglichkeit, eine Ausbildung zu machen oder zu arbeiten«. Da er sich zudem nicht vorstellen könne, ohne Auto in einem Dorf zu leben, habe er das Angebot abgelehnt.

Die eritreischen Geflüchteten in *Potsdam* wohnen nach eigenen Aussagen mittlerweile alle in eigenen Wohnungen und sind zufrieden mit ihrer Wohnsituation.

In Frankfurt/Oder führten wir eines der Gruppeninterviews in einem sanierten Altbau-Mietshaus durch, in dem die ganz überwiegende Zahl der 10 Woh-

nungen mittlerweile von syrischen Geflüchteten und ihren Familien bewohnt wird. Sie äußerten sich weitgehend zufrieden und berichteten auch von guten Beziehungen zur (einheimischen) Nachbarschaft.

# 5 Zwischenbilanz aus den Gruppeninterviews

Im vorderen Teil unserer Gruppeninterviews stellten wir unseren Gesprächspartnern die Frage nach bisher ungewohnten Situationen, die sie als positiv empfunden hatten, und umgekehrt auch nach bisher ungewohnten Situationen, die sie dezidiert negativ in Erinnerung haben. Dabei gerieten die Antworten teilweise schon zu einer ersten Bilanz von dem, was das Leben der Geflüchteten nach eigenem Bekunden vergleichsweise erleichtert, und was ihnen teils unvorhergesehene Probleme bereitet.

## 5.1 Positiv beschriebene Erfahrungen

Durchweg positiv bewertet wurde von unseren Interviewpartnern der Umstand, dass sie in Deutschland bzw. Brandenburg in den Genuss persönlicher Unversehrtheit kommen und sich mit ihren Verwandten und Freunden frei und ungehindert bewegen können – ohne dass Gefahr für Leib oder Leben drohe. Ganz besonders häufig betonten dies die syrischen und die afghanischen Interviewpartner. Man müsse keine Verletzungen durch Waffengewalt fürchten und sei ausgesprochen froh, sich am Abend zur Ruhe begeben zu können, ohne um die eigene Wohnung und den Schutz der Familie bangen zu müssen. Afghanische Gesprächspartner zeigten sich besonders froh darüber, im neuen Umfeld keine Terroranschläge befürchten zu müssen. Offensichtlich empfinden sie die Abwe-

senheit von Terror nicht nur als beruhigend für die eigene Sicherheit, sondern auch als deutliche Verbesserung der eigenen Lebensqualität. So sagte ein älterer Mann aus einer afghanischen Interviewgruppe: »Ja, Deutschland ist ein sicheres Land. (...) Es war mein Wunsch gewesen, dass ich in ein Land komme, wo es Sicherheit gibt. Das war mein großer Wunsch natürlich. Und der ist erfüllt.« Ein syrisches Ehepaar formulierte seinerseits: »Wir müssen danken, dass wir sind in Sicherheit und gute Situation und mit Wohnung.«

Auch die interviewten tschetschenischen Flüchtlinge schätzten sehr, in Brandenburg nicht mit lebensbedrohlichen Situationen konfrontiert zu werden. Positiv vermerkten sie auch, dass die Sicherheitskräfte hier im Allgemeinen keine Willkür ausüben würden, eine für sie neue Erfahrung. So erklärte uns ein junger Tschetschene im Gruppeninterview:

»In meiner Heimat gibt es einen großen Andrang auf den Beruf eines Polizisten. Viele drängen danach Polizist zu werden, weil du dann nicht angreifbar bist, weil du Kontakte zu allen möglichen Menschen aufbaust, weil du Zugang zu Ressourcen hast. Polizisten verfügen über unglaublich großen Einfluss, und weil das so ist, blüht Korruption, und gibt es immer wieder Gewalt. Wenn du niemanden kennst, über keine Netzwerke verfügst, dann kann der Staat alles mit dir machen. Du bist einfach ausgeliefert.«

Männer wie Frauen aus den Interviewgruppen äußerten sich aber auch allgemein positiv über die hier garantierten Persönlichkeitsrechte, ebenso über die Möglichkeit individueller Selbstverwirklichung. Insbesondere Frauen äußerten sich sehr positiv über die Möglichkeiten, ihr Leben in Deutschland komplett unabhängig gestalten zu können. Exemplarisch hier das Statement einer jungen Afghanin aus einem der ersten Gruppeninterviews:

»Ich möchte das so erklären: hier gibt es natürlich große Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Das ist in Afghanistan überhaupt nicht (...) Und in Afghanistan haben die Frauen im Verhältnis zu Männern viel weniger Rechte. Hier aber mache ich die Erfahrung, dass ich gar nicht notwendigerweise unbedingt einen Mann brauche, sozusagen, und dass ich selbstständig alles tun kann für mein Leben und in

meinem Leben für mich. (...) Es ist für mich sehr, sehr wichtig, dass ich in Deutschland sagen kann, dass ich selbst, selbst bin. Aber das kann ich in Afghanistan überhaupt nicht tun.«

Fast durchweg positiv und zufrieden mit den Lebensverhältnissen in Deutschland äußerten sich die Interviewpartner aus Eritrea. Sie lobten vor allem die empfundene Gleichbehandlung der Menschen im Alltag. So äußerte ein junger Mann in der zweiten Gesprächsgruppe der Eritreer:

»In Deutschland alles Mensch gleich mit Recht, das gefällt alles mich. Behörden in Deutschland, alles in Frieden.«

Tschetschenische Frauen, die wir in Cottbus interviewten, verwiesen auf ihre positiven Erfahrungen, sowohl was die Behandlung in medizinischen Einrichtungen wie auch die Behandlung durch die Behörden betraf. So berichtete eine der tschetschenischen Frauen, selbst Mutter eines behinderten Kindes, dass

»in Cottbus, wie auch in der gesamten Bundesrepublik, sehr gute Bedingungen geschaffen worden sind, dass man gut leben kann, besonders, weil sie ein behindertes Kind hat. (...) Also solche Bedingungen findet man in Russland nicht.« (Übersetzerin)

Eine weitere Tschetschenin aus der gleichen Interviewgruppe pflichtete ihr folgendermaßen bei:

»Cottbus an sich ist eine nette Stadt. Die Menschen auch. (...) Gibt natürlich auch neue Dinge für sie. (...) Ja, es gibt natürlich Momente, wo sie sehr zufrieden ist. Also zum Beispiel die Beziehungen, die sie beim Arzt erlebt, zum Beispiel. Dass die Leute nett sind.« (Übersetzerin)

Ihre positiven Erfahrungen mit den Behörden (ebenfalls in Cottbus) fasste eine junge Tschetschenin mit folgenden Worten zusammen: »Also, wie man mir bei Behörden gegenübertritt, das ist eigentlich sehr angenehm. Da gibt es keine Pro-

bleme.«<sup>19</sup> Häufig wurden auch das Sozialsystem und die Qualität des Wohnens (insofern die Aufnahmeheime bereits verlassen worden waren) gelobt.

Insbesondere Tschetschenen und Afghanen beschrieben zudem auch Fälle, in denen ihnen sehr spontan von Einheimischen geholfen wurde – beispielsweise mit (kostenlosem) Deutschunterricht, mit Fahrdiensten oder sogar mit der Bereitstellung eines Fahrzeuges.

Insgesamt gesehen, waren es aber vor allem die eritreischen Interviewpartner, welche ihrer Zufriedenheit mit den hiesigen Lebensverhältnissen am stärksten Ausdruck verliehen. So fasste einer der eritreischen Gesprächspartner zusammen:

»Für mich ist neu, zum Beispiel hier in Deutschland, auch in Brandenburg, das ist ganz neu für mich, erst mal die Kultur. (...) Die Sprache und die Kultur, wie die Leute leben, integriert sind und mit anderen Leuten zusammen. Das alles ist neu für mich. Ich finde, die Sprache zu erlernen ist sehr schwer, aber trotzdem versuche ich mein Bestes. Deshalb habe ich auch den ersten Integrationskurs gemacht (...) also von A1 bis B1. Das habe ich schon geschafft. (I: Sehr gut.) Ich habe mich auch bemüht, B2 zu machen. Das macht mir auch gut, das ist auch für Arbeit. Die Kultur mag ich auch hier, zum Beispiel die Essenkultur.«

## 5.2 Negativ beschriebene Erfahrungen

Die im vorherigen Kapitel beschriebenen positiven Erfahrungen werden aber auch durch Negativerfahrungen in unterschiedlichen Kontexten konterkariert, und einige davon wurden in den Experteninterviews mit einheimischen Brandenburgern bestätigt. Obwohl es (wie oben beschrieben) auch Ausnahmen gab, zogen sich beschriebene Negativerfahrungen mit Behörden durch eine ganze Reihe von Gruppeninterviews. Dies scheint nur auf den ersten Blick verwunderlich, sind es doch gerade die Ämter, Jobagenturen, Beratungsstellen u. a., bei

---

19 Zu den gegenteiligen Erfahrungen vgl. Kapitel 4.5.

denen ungelöste Integrationsprobleme oft am häufigsten und intensivsten »verhandelt« werden. Es sind die Behörden, bei denen man sich die größten »staatlichen« Unterstützungen erhofft, wo Fragen geklärt und Probleme gelöst werden – häufig aber auch nicht. Behördenvertreter sind häufig aber auch die ersten Personen in der neuen Umgebung, mit denen Geflüchtete in Kontakt kommen. Werden Behördenvertreter als bedrohlich, feindselig oder desinteressiert empfunden, kann der gesamte erste Eindruck von der Aufnahmegesellschaft negativ ausfallen. Wird die Person »am anderen Ende des Schalters« aber als aufgeschlossen, interessiert und hilfsbereit erlebt, kann sich das Gefühl einer tatsächlichen »Ankunft« erheblich verbessern.

Gelingt allerdings die Kommunikation wegen einer bestehenden Sprachbarriere nicht, nützt auch freundliche Aufgeschlossenheit wenig. Es ist unbestritten, dass die deutschen Bundesländer auf die kritischen Jahre von 2015–2017, objektiv gesehen, nicht mit einer ausreichenden Zahl an Dolmetschern – beispielsweise für Arabisch, Farsi und Tigrinya – vorbereitet waren, und sie sind es vermutlich bis heute nicht. Auch das »Ausweichen« auf Englisch als Drittsprache konnte in vielen Fällen nicht funktionieren, weil entweder die Geflüchteten oder die Behördenmitarbeiter (oder beide) nicht des Englischen mächtig waren oder sind. Die in den Gruppeninterviews teilweise recht kompromisslos aufgemachten Forderungen nach (bezahlten) Dolmetschern scheinen im Moment, objektiv gesehen, genauso unrealistisch wie die offensichtlich auf einigen Ämtern/Jobagenturen formulierten Forderungen, die Geflüchteten sollten nach ein oder zwei Jahren in fließender Weise die deutsche Sprache beherrschen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auch in den kommenden Jahren noch manches Gespräch bei den Behörden »improvisiert« werden muss.

Von den in Kapitel 4.5. aufgelisteten, von den Geflüchteten beschriebenen individuellen Problemen mit den Behörden in Brandenburg scheinen aus unserer Sicht nur einige verifizierbar, manche bedürfen einer Lösung auf Bundesebene. In wieder anderen Fällen scheint ein dringlicher Bedarf vorhanden, den Geflüchteten zu erklären, weshalb bestimmte Lösungen eines längeren Zeitraumes bedürfen, so beispielsweise der lang ersehnte Platz für einen fachspezifischen Fortbildungskurs, die benötigte Therapie für ein krankes/behindertes Kind oder die Vermittlung einer eigenen Mietwohnung. Andernfalls droht die permanente Ge-

fahr, dass aufgestautes Frustrpotential bei den Antragstellern dazu führt, dass sie den zuständigen Behörden-Mitarbeitern »Bürokratie«, »Desinteresse« oder sogar »Rassismus« unterstellen. Selbstverständlich kann hier jeder Fall anders gelagert sein, und wir konnten im Rahmen dieser Studie nur ein erstes allgemeines Stimmungsbild hinsichtlich ungelöster Probleme in den von uns untersuchten Geflüchtetenengruppen eruieren. Tatsächlich kam es aber häufig vor, dass Behörden und Ämter für eine Vielzahl von individuellen Problemen direkt oder indirekt verantwortlich gemacht wurden.

Deutlich einfacher als bei den Behördenproblemen lässt sich die ebenfalls häufig geübte Kritik an den Deutschkursen interpretieren – eine Kritik, die in den verschiedenen interviewten Gruppen oft in ähnlicher Weise geäußert wurde. Bemängelt wurde zum einen eine rasche Fluktuation der Sprachlehrer, zum anderen aber auch, dass diese häufig selbst keine Einheimischen seien und ihre eigenen Deutschkenntnisse Mängel aufweisen würden.<sup>20</sup> Das Problem ist auch aus der Arbeit mit früheren Migrantengruppen bekannt – und im Extremfall kommen vier ungünstige Faktoren zusammen: Mangelnde Qualifikation der Lehrenden, Fluktuation der Lehrkräfte, inadäquate Lehrmaterialien und Kursteilnehmer mit deutlich unterschiedlichen Vorkenntnissen. Hier scheint in der Tat Handlungsbedarf, die existierenden Sprachkurse auf entsprechende Qualitätskriterien hin zu prüfen.<sup>21</sup>

### 5.3 Begegnungen mit Einheimischen

Die bisherigen Erfahrungen, die die Menschen aus den von uns interviewten Geflüchtetenengruppen bei der Begegnung mit Einheimischen in Brandenburg gemacht haben, sind sehr unterschiedlich und bilden wahrscheinlich eine generelle Realität im Verhältnis zwischen Neuankömmlingen seit 2015 und bereits Ansäs-

---

20 In einigen Gruppeninterviews wurde von »russischen« und »polnischen« Deutschlehrern gesprochen, denen man offensichtlich die Kompetenz für einen qualitativ guten Deutschunterricht absprach.

21 Vgl. hierzu auch Empfehlung 2 in den allgemeinen Handlungsempfehlungen in Kapitel 9.

sigen ab. Auf Arbeit, im Deutsch- oder Integrationskurs, in der Artpraxis, aber auch in der Nachbarschaft oder im öffentlichen Raum erleben sie differierende Situationen, die ihr Bild von der Aufnahmegesellschaft und eine mögliche Identifikation/Ablehnung entscheidend mitprägen können.

So berichtete ein junger afghanischer Interviewpartner im Gruppeninterview, dass er in den vergangenen Jahren schon eine ganze Reihe von Freundschaften mit Deutschen geschlossen habe, und die positiven Erfahrungen mit Einheimischen würden bei ihm überwiegen: »Es gibt auch negative Erfahrungen, aber es sind wenige.« Er sei aber auch schon »Rassisten begegnet«, und »solchen, die nicht die Bereitschaft haben zu verstehen, dass die Afghanen viele Gründe hatten, aus ihrer Heimat zu fliehen«.

Ein weiterer afghanischer Interviewpartner zeigte ein bestimmtes Verständnis für die deutschen Irritationen, wenn »eine andere Kultur wie die Leute mit Kopftuch« ankämen. Für das »deutsche Volk« sei »dieser Zustand neu«, und beide Seiten sollten versuchen, sich gegenseitig zu verstehen:

»Die Leute müssen sich Zeit lassen und die Kultur und die Leute erst mal kennenlernen. Für uns ist auch alles neu. Für uns ist auch die deutsche Kultur neu. In Afghanistan gibt es keine Demokratie und hier ist es schön.«

In den Interviews mit den afghanischen Geflüchteten kam relativ ausführlich zur Sprache, wie erste Vorurteile überwunden werden konnten, oder auch unterschiedliche soziale und kulturelle Räume hilfreich waren, um sich ein Stück weit kennenzulernen. Eine junge afghanische Gesprächspartnerin erzählte etwa, wie eine (deutsche) Freundin sie gefragt habe, »ob Muslime eigentlich verpflichtet seien, Christen umzubringen«. Sie habe die Frage zunächst nicht verstanden, dann aber erwidert, dass die geflüchteten Afghanen »gerade nach Deutschland gekommen seien, weil sie *niemanden* umbringen wollen«. Eine andere Afghanin berichtete, dass eine »sehr nette deutsche Frau« ihr »beim Erlernen der deutschen Sprache« in Frankfurt/Oder »entscheidend geholfen« habe.

Sehr unterschiedlich fallen die bisherigen Erfahrungen aus, wenn sich in der Nachbarschaft begegnet wird. So erzählte eine afghanische Interviewpartnerin, dass es in ihrem Herkunftsland ganz normal sei, wenn man sich gegen-

seitig spontan besuchen würde. In Deutschland, habe sie erlebt, sei dies jedoch nicht selbstverständlich. Auch ein syrischer Interviewpartner bestätigte die Irritationen unter Einheimischen, wenn spontane Besuche oder aus seiner Sicht eher symbolische Sympathiebekundungen vorgenommen würden, so beispielsweise, wenn dem Nachbarn auf dem Flur eine Speise »zum Probieren« geschenkt würde. Dagegen erzählte ein afghanischer Mann im Gruppeninterview, dass er sehr gute Erfahrungen mit einem Arbeitgeber gemacht habe, der stets Verständnis dafür hatte, wenn er in einer 15-minütigen Pause sein (muslimisches) Gebet verrichtet habe.

Der Wunsch nach mehr Kontakt zu einheimischen Deutschen wurde in allen Gruppen geäußert, ganz gleich ob diese Christen oder Säkulare seien. Man habe keine Probleme mit Menschen anderer Religion, wurde immer wieder auch von muslimischen Interviewpartnern geäußert. Bisher aber sind offenbar nur wenige dauerhafte freundschaftliche Kontakte zustande gekommen. Ein afghanischer Interviewpartner schilderte uns:

»In Brandenburg leben mehr als 2000 und in Potsdam etwa 700 bis 900 Afghaninnen und Afghanen. Die meisten von ihnen haben aber *gar keine* richtigen Kontakte mit Deutschen.«

Für die eritreischen Flüchtlinge in Brandenburg scheint es insgesamt leichter zu sein, in Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung zu kommen, so zumindest für die Christen unter ihnen. Eritreische Christen nehmen beispielsweise unterschiedliche sozio-kulturelle und religiöse Angebote in der Landeshauptstadt Potsdam wahr, etwa beim Verein »Mosaikstein e. V.«, aber auch Erzähl-Cafés und lokale kirchliche Angebote. Die teilweise einfacheren Zugänge in die deutsche Gesellschaft verhindern allerdings nicht, dass auch die eritreischen Geflüchteten in Brandenburg unangenehme Erfahrungen mit einheimischer Ablehnung oder auch purem Hass machen. So beschrieb uns ein junger Eritreer im Interview das Gefühl, die Deutschen seien im öffentlichen Leben meist sehr distanziert. Im Bus und in der Bahn würde er stets aufstehen, um älteren Menschen einen Platz anbieten. Es sei ihm aber aufgefallen, dass viele Deutsche das nicht tun würden. Die Deutschen seien »vorsichtig«, ergänzte ein weiterer Eritreer.

Einmal habe er einen Passanten nach einer Adresse gefragt und habe lediglich die Antwort bekommen: »Gehen Sie weg!« Ein anderer eritreischer Geflüchteter machte die Erfahrungen von offenem Hass, als er nach einem Volleyballspiel einen Supermarkt betreten wollte und am Eingang von einem Einheimischen angepöbelt wurde.

»Also er hat gesagt: Sie sind schwarz und deswegen sollen Sie nicht im Supermarkt einkaufen.«

Der eritreische Flüchtling ist, wie er sagte, weitergegangen, um eine Eskalation zu vermeiden.

Von direkten Übergriffen durch einheimische Deutsche wurde uns vor allem in Gruppeninterviews mit den syrischen Geflüchteten berichtet. So berichtete eine junge syrische Mutter aus Potsdam, dass eine deutsche Teenagerin auf offener Straße versucht habe, auf dem Kopf ihrer achtjährigen (!) Tochter eine Zigarette auszudrücken. Seitdem trage die Tochter ein Kopftuch. Inwiefern dies als ein Schutz empfunden werde, oder jetzt als bewusstes religiöses (Schutz-)Symbol dient – oder beides gemeinsam – konnten wir im weiteren Gespräch mit der syrischen Mutter nicht erschließen.

Eine andere syrische Interviewpartnerin berichtete, ein Mann habe versucht, sie vor einem Kaufland-Supermarkt in Frankfurt/Oder mit einer Flasche zu attackieren. Sie sei auch schon an einer Bushaltestelle angespuckt worden, vermutlich weil sie ein Kopftuch trage.<sup>22</sup>

Offensichtlich sind es solche Erfahrungen, die zumindest bei einem Teil der Geflüchteten die ebenfalls in Interviews geäußerte Vorstellung evozieren, dass die Situation für sie in den alten Bundesländern einfach besser und weniger gefährlich wäre. Bedauert wurde zudem ein merkliches Desinteresse an den Neu-

---

22 Offensichtlich zeigt sich hier, wie auch bei der berichteten Beschimpfung und Anpöbelung von tschetschenischen Frauen mit Kopftuch ein bestimmtes Hasspotential, dass sich nicht nur gegen Fremde, sondern speziell auch gegen alles *religiöse* Fremde richtet. In gehäufte Form, auch das konnten wir aus den Interviews entnehmen, passieren diese Anfeindungen gegen erkennbare Muslima und Muslime an öffentlichen Plätzen wie Bahnhöfen und Supermärkten, oder im öffentlichen Nahverkehr.

ankömmlingen und ihrer Kultur. So schätzte eine junge syrische Interviewpartnerin ein: »Die Deutschen kommen nicht zu den islamischen Festen. Sie versuchen nicht zu sagen, dass okay, das ist islamische Fest, wir kommen mit.« Ein anderer syrischer Flüchtling erzählte, dass die Deutschen nie Zeit hätten, »nur ›Guten Tag!‹ sagen und weitergehen« würden.

In dieser Hinsicht wurde aber auch von gegenteiligen Erfahrungen berichtet. So erzählte der bereits erwähnte syrische Schüler, der ein Potsdamer Gymnasium besucht, dass die meisten seiner Mitschüler sehr offen und aufgeschlossenen gegenüber seiner Herkunftskultur seien, »sich für arabische Musik interessieren und arabische Tänze lernen wollen«. An anderer Stelle betonte die Mutter einer syrischen Familie, dass man nicht nach Deutschland gekommen sei, um in einer »geschlossenen oder separaten Gesellschaft« zu wohnen. Aber man brauche eben »Hilfe für die Integration«.

Unterschiedliche Erfahrungen in der Begegnung mit einheimischen Deutschen hatten auch unsere tschetschenischen Interviewpartner gemacht. Einer von ihnen berichtete, dass seine Familie und eine einheimische Familie sich nach anfänglichen Berührungängsten in Luckenwalde sehr gut miteinander befreundet hätten und viel Zeit miteinander verbrächten.

Andererseits kamen auch erlebte Fälle von subtiler Aggressivität zur Sprache. So berichtete eine tschetschenische Mutter davon, dass ihr Sohn von Mitschülern regelmäßig provoziert werde und infolge dessen nicht mehr zur Schule gehen wolle. Es sei sogar vorgekommen, dass ein Lehrer zu ihrem Sohn gesagt habe, wenn er ihm widersprochen habe: »Wenn dir das nicht passt, dann fahr doch nach Hause!«

Ähnlich der oben erwähnten syrischen Gesprächspartnerin, die mehrfach wegen ihres Kopftuches attackiert wurde, berichtete auch eine tschetschenische Frau in Cottbus: »Also die Deutschen wollen keine von Tüchern bedeckten Frauenköpfe sehen.« Am Bahnhof in Cottbus habe sie häufiger erlebt, wie Menschen sie feindselig anschauten, dann auf das Kopftuch deuteten und sie aufforderten: »Mach es runter, mach es ab!« Es sei ihr aber auch schon passiert, dass sie auf dem Fußgängerweg gelaufen sei und eine ältere Fahrradfahrerin in ihre Richtung gespuckt und gerufen habe: »Ach, da ist ja noch eine mit Kopftuch.«

Viele Tschetschenen seien durch solche Erfahrungen verunsichert, und ohnehin würden sie in der Angst leben, »in der Öffentlichkeit einen Fehler« zu machen, denn in Deutschland würde man mit Tschetschenen häufig – so eine Gesprächspartnerin – »Extremismus, Terrorismus und andere Ismen« in Verbindung bringen.

## 5.4 Konflikte zwischen Gruppen der Geflüchteten

Zu den Negativerfahrungen im neuen Umfeld gehören für zwei der von uns interviewten Gruppen aber auch eskalierende, gewalttätige Konflikte untereinander. Diese Thematik ist von uns *nicht* aktiv angesprochen worden, sondern wurde von jeweils einer afghanischen und einer tschetschenischen Interviewgruppe in Cottbus selbst thematisiert. Dabei ergaben sich zwei diametral unterschiedliche Darstellungen darüber, was sich an gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen jungen afghanischen und tschetschenischen Männern am Abend des 12. Juni 2018 ereignete (hierüber haben auch die Medien ausführlich berichtet). Offensichtlich hatten sich Spannungen zwischen beiden Gruppierungen schon an den vorherigen Tagen abgezeichnet, und schließlich eskalierten die körperlichen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppierungen an mehreren Orten der Stadt. Es gab, wie die Medien berichteten, mehrere Verletzte auf beiden Seiten. Bemerkenswert war, dass sich bei den von uns geführten Interviews in Cottbus vor allem die Frauen beider Konfliktparteien zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen äußern wollten. So betonte eine afghanische Gesprächspartnerin, dass afghanische Männer, die im Allgemeinen »nur zum Fußballspiel oder sonstigen Freizeitvertreib auf andere Flüchtlingsgruppen treffen« würden, in Cottbus am 12. Juni 2018 und »schon die Tage zuvor mehrfach provoziert und dann auch physisch attackiert« worden seien.

Eine tschetschenische Gesprächspartnerin rekonstruierte die Ereignisse in einer komplett anderen Wahrnehmung, erzählte von »tschetschenischen Männern«, die – für sie vollkommen unerwartet – »von einer größeren Gruppe afghanischer Geflüchteter angegriffen« worden seien. Wie die Medien ebenfalls be-

richteten, kam es nach den Auseinandersetzungen am späten Abend des 12. Juni bzw. in der Nacht vom 12. zum 13. Juni 2018 zu einer umfangreichen polizeilichen Durchsuchung in tschetschenischen Heimunterkünften und dann zur vorübergehenden Inhaftierung von insgesamt 26 tschetschenischen Männern.

Diese polizeiliche Aktion beschäftigte die tschetschenischen Flüchtlinge in Cottbus auch Monaten danach noch sehr stark. Alle sechs Gesprächspartner in unserer dritten Interviewgruppe waren *direkt Betroffene* der Verhaftungsaktion vom 12./13. Juni gewesen, darunter auch Männer in eher fortgeschrittenem Alter. Als besonders unverständlich empfanden sie, dass die Verhaftungen direkt im Anschluss an eine Ramadan-Feier erfolgten. Niemand, so der Tenor bei unseren Gesprächspartnern, hatte mit einer derartigen Aktion gerechnet, und niemand von ihnen sei nach eigenem Bekunden in die Auseinandersetzungen, die den Anlass für die polizeiliche Großaktion gaben, involviert gewesen. Kritik an der Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes wurde später auch vom Flüchtlingsrat Brandenburg geäußert.<sup>23</sup>

---

23 Siehe hierzu den Offenen Brief von 25 tschetschenischen Familien an Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter und den Bürgermeister von Cottbus, Holger Kelch, vom 1. Juli 2018: [https://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2018/07/Offener-Brief\\_Cottbusser\\_Tschetschenen.pdf](https://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2018/07/Offener-Brief_Cottbusser_Tschetschenen.pdf) (Kontakt vom 28. 04. 2019). Fernerhin die Pressemitteilung/Stellungnahme des Flüchtlingsrates Brandenburg vom 4. Juli 2018, in welcher Unterstützung für den Offenen Brief der Tschetschenen bekundet wird: <https://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/aktuelles/tschetschenische-fluechtlinge-wehren-sich-gegen-unverhaeltnismaessigen-polizeieinsatz> (Kontakt vom 28. 04. 2019).

# 6

## Religiöse und kulturelle Identitäten

Ein wichtiges Anliegen unserer Studie war auch zu ergründen, inwiefern die Geflüchteten sich selbst als religiös betrachten, welche Rolle Religion in ihrem Privatleben, aber auch in den von ihnen bevorzugten Netzwerken spielt, und wie andere Religionen, die im neuen Umfeld anzutreffen sind (Christentum, Judentum), wahrgenommen werden. Vor dem Hintergrund einer anhaltenden, eher kritischen Debatte über den Islam in Deutschland waren wir auch interessiert zu erfahren, ob unsere Gesprächspartner im Falle einer »sichtbaren« Religionsausübung reale Konflikte erleben oder Konflikte für die Zukunft befürchten.

In allen interviewten Gruppen trafen wir Menschen an, die sich als religiös bezeichneten, und zumindest für einen Teil von ihnen hat Religion nach eigenem Bekunden auch eine wichtige persönliche Bedeutung. Die überwiegende Zahl der von uns interviewten Personen, die sich als religiös bezeichneten, sind muslimischen Glaubens. Nur bei den von uns interviewten Geflüchteten aus Eritrea überwog die Zahl der Christen.

Obwohl unsere Gesprächspartner in einer ganzen Reihe von Interviewgruppen bestätigten, dass sie religiös seien, kam es am Ende nur mit zwei Gruppen von Afghanen und zwei Gruppen von Tschetschenen zu einem *längeren* Gespräch über Religiosität und die Bedeutung von Religion im Alltag und in der Gesellschaft. Insbesondere die jüngeren afghanischen Gesprächspartner betonten, dass ihnen Religion *im privaten Rahmen* wichtig sei. So beschrieb eine junge, alleinlebende Afghanin, die von der neuen Umgebung insgesamt sehr begeistert ist, was die (islamische) Religion hier, am neuen Wohnort Potsdam, für sie bedeute:

»Ja, es hat einen persönlichen Nutzen, die Religion, denn wie ich gesagt habe, ich bin ein religiöser Mensch, ich glaube an meine Religion. Und ich denke, dass es mir eine innere Ruhe gibt, dass es mich stärkt, meine Person stärkt und eine innere Sicherheit sogar gibt, dass ich religiöse Vorstellungen habe, und dass diese religiösen Vorstellungen, dieser Glaube mich stärkt.«

Von den männlichen Interviewpartnern in Potsdam bestätigte ein Teil, dass sie regelmäßig das Freitagsgebet in der provisorischen Moschee am Kanal aufsuchen. Ein afghanischer Mann gab zu Protokoll:

»Am Kanal (Standort Moschee, d. A.) wir gehen. Da sind ungefähr (...) drei, vierhundert Leute. Das sind alle Muslime, nicht nur Afghanen. Dort sind von alle Länder Muslime dabei. Deutsche sind auch mit dabei. Araber sind auch, Afghanen und so weiter. Wir beten alle zusammen in einer freundlichen Umgebung. So geht das. Kann man sich das vorstellen, wie geht religiös.«

Bei den tschetschenischen Gesprächspartnern, die wir interviewten, spielte auch religiöse Symbolik eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Hälfte der interviewten Frauen trug ein Kopftuch, und in einer achtköpfigen Männergruppe trugen *alle* Teilnehmer einen Bart spezifischer Form. Wir entschlossen uns, die Männer direkt darauf anzusprechen. Ein junger Tschetschene erklärte uns daraufhin zunächst, dass man mit dem Tragen des Bartes einer religiösen Verpflichtung nachkäme. Ein anderer betonte den Vorteil des gegenseitigen Wiedererkennungseffektes in der Öffentlichkeit. »Wir erkennen uns auch im öffentlichen Raum«, betonte er. »Das ist das Gute daran. Wir wissen sofort, wo möglicherweise ein Bruder in der Nähe ist, bei dem wir auch sofort um Hilfe bitten können, wenn wir sie benötigen.«

In den Gruppen der Afghanen, Syrer und Tschetschenen äußerten sich einzelne Frauen, dass ihnen das Tragen des Kopftuches sehr wichtig sei, dass sie es gern trügen, und einige der Gesprächspartnerinnen legten Wert darauf zu betonen, dass sie ihr Kopftuch *aus freien Stücken* tragen würden. Ärgerliche bis feindliche Blick, auch beleidigende Bemerkungen in der Öffentlichkeit nahmen sie dafür in Kauf – es gäbe des Öfteren aber auch bewusst posi-

tive Reaktionen und bewusst freundliche Gesten von einheimischen Einwohnern.

Insbesondere an junge Familien/Eltern richtete sich unsere Frage, ob sie Schwierigkeiten befürchten, wenn sich die Kinder auch im Schulalltag an Forderungen der islamischen Religion orientieren würden, so beispielsweise an bestimmten Gebetszeiten, dem Bestehen auf Essen, das *halal* (»erlaubt« nach islamischen Kriterien) ist, oder durch die Ablehnung einer Teilnahme am Schwimmunterricht (für Mädchen). Die Antworten der jungen Eltern fielen im Allgemeinen eher optimistisch-pragmatisch aus. In Bezug auf die Teilnahme von Mädchen am Schwimmunterricht, so eine tschetschenische Gesprächspartnerin, könne ja ein deutlich längerer Badeanzug die Lösung bilden.

Nach ähnlichen Lösungen wird offensichtlich auch beim allgemeinen Sportunterricht gesucht. So berichtete eine tschetschenische Mutter, ihre Tochter würde aus religiösen Gründen »nur Langärmliges« tragen. Sie trage auch keine Röcke, die bis zum Knie und kurz darunter sind, sondern nur lange Röcke. Die Mutter berichtete, sie habe für ihre Tochter ein T-Shirt gekauft, groß und langärmelig, und nun nehme sie auch am Sportunterricht teil. Die Mutter ergänzte: »Ja, und nun ist sie gespannt, was sie für eine Note bekommen wird in Sport, früher hat sie nur eine Sechs bekommen.«

Eine andere tschetschenische Mutter kritisierte den Anatomie-Unterricht in der Schule ebenso wie den Umstand, dass im Unterricht über gleichgeschlechtliche Partnerschaften gesprochen werde. Dafür habe sie kein Verständnis. Gleichzeitig kritisierte sie auch den Sexualkundeunterricht in der Grundschule. Wenn ihre Tochter an diesem Unterricht nicht teilnehmen würde, drohe ihr aber, dass sie nicht versetzt würde.

Auf unsere Frage nach der Pausenversorgung für Kinder religiöser muslimischer Familien wurde im Allgemeinen sehr optimistisch geantwortet. Langfristig, da waren sich die Familien offenbar sicher, könne *halal*-Essen für die Mädchen und Jungen sicherlich organisiert werden.

### *Interreligiöse Kontakte*

Wie vermutet, hatten diejenigen Interviewpartner, die außerhalb von Potsdam wohnen, bisher deutlich weniger Kontakt mit Angehörigen anderer Religionen. In der Landeshauptstadt gibt es dagegen eine seit Jahren gut aufgestellte, von vielen ehrenamtlichen Helfern gestärkte Migrantenbegleitung, bei der sich auch verschiedene Religionsgemeinschaften einbringen, nicht zuletzt gefördert durch Initiativen der evangelischen Kirche. Muslime und muslimische Familien aus unterschiedlichen Geflüchteten-Gruppen sind hier in gutem Kontakt mit christlichen Initiativen und arbeiten an gemeinsamen Projekten.<sup>24</sup> Ob sich am Ende auch ein breiteres Interesse an interreligiösen Begegnungen in anderen brandenburgischen Städten und Gemeinden entwickeln wird, ist im Moment noch schwer abzuschätzen.

Die Frage an unsere Interviewpartner, was man über die in Brandenburg »benachbarten« Religionen wie Christentum und Judentum denke, wurde im Allgemeinen kurz, aber eher positiv beantwortet – im Sinne von Respekt, der ja eigentlich selbstverständlich sei. Ausdrücklich betonte etwa eine Syrerin ihre positiven Vorerfahrungen mit Nachbarn anderer Religionszugehörigkeit in der syrischen Metropole Aleppo: »Wir haben dort in einem Viertel gewohnt, in dem auch viele Christen und Juden lebten. Das war dort für uns völlig normal.«

Bei einer der tschetschenischen Interviewgruppen in Cottbus erinnerte man sich bei der Frage an die lokale jüdische Gemeinde zuallererst daran, dass »wir doch sowieso den gleichen Russisch-Übersetzer haben«. Religiös oder theologisch begründete Skepsis kam bei unseren Interviews nicht zur Sprache.

In einzelnen Gruppen- und Experteninterviews mit muslimischen Gesprächspartnern ließ sich zudem eine gewisse Zufriedenheit darüber feststellen, dass bereits Gebetsräume gefunden werden konnten, so beispielsweise auch in Cottbus. Spürbar war dort allerdings auch der Wunsch, auf langfristige Sicht hinaus eine Moschee als Gotteshaus errichten zu können.

---

24 Siehe hierzu v. a. die Darstellungen des Potsdamer Flüchtlingspfarrers Bernhard Fricke im folgenden Kapitel 7 (»Ergebnisse aus den Experteninterviews«).

# 7

## Erkenntnisse aus den Experteninterviews

Die von uns interviewten Experten gehörten in vier Fällen zu Gruppen der Geflüchteten selbst. In sechs Fällen interviewten wir Personen aus der Aufnahmegesellschaft, die selbst sehr stark in den Prozess der Integration der Neuzuwanderer involviert sind (zwei Sozialarbeiter, der Flüchtlingspfarrer von Potsdam, ein Fußballtrainer, der Leiter der Fachstelle Islam in Brandenburg und die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg). Verständlicherweise ergaben sich allein daraus sehr unterschiedliche Sichtweisen, aber auch einige bemerkenswerte Gemeinsamkeiten. Die Interviews mit jeweils einer Person aus den von uns untersuchten Gruppen von Geflüchteten ergaben noch einmal präzisere Bilder von spezifischen Integrationsfortschritten und -rückschlägen wie auch von klar differierenden Sichtweisen.

Die Interviews mit den Experten aus der Aufnahmegesellschaft boten uns die komplementäre Perspektive, d. h., insbesondere dazu, welche Erfolge aus der Sicht der Gesprächspartner bei der Eingliederung der Geflüchteten schon verzeichnet werden können, wo noch gravierende Integrationsdefizite herrschen, wie die allgemeinen Rahmenbedingungen eingeschätzt werden und wo bzw. wie sich positive wie negative Haltungen der Bevölkerung spürbar auswirken.

*Im Interview mit dem Gesprächspartner aus der afghanischen Gruppe wurde vieles von dem bestätigt, was auch schon in den vier Gruppeninterviews zuvor zur Sprache gekommen war. Nach seinem Bekunden sind die afghanischen Geflüchteten in Brandenburg hoch motiviert, sich erfolgreich in die einheimische Ge-*

sellschaft zu integrieren. Angebotene Möglichkeiten der beruflichen Bildung und Weiterbildung werden im Allgemeinen sehr dankbar angenommen. Die Afghanen sind sich dessen sehr bewusst, dass die Chancen einer erfolgreichen Integration in Brandenburg/Deutschland mit der beruflichen Qualifikation proportional steigen. Besonders unter den Jüngeren werden die gesellschaftspolitischen Gegebenheiten in Brandenburg sehr geschätzt, und insbesondere den jüngeren Frauen ist bewusst, dass ihre Möglichkeiten einer individuellen Selbstverwirklichung hier unvergleichlich größer sind als im Herkunftsland.

Unser Gesprächspartner adressierte allerdings – ähnlich wie die Gruppen – eine deutliche Kritik an den deutschen Staat, was den Aufenthaltsstatus der afghanischen Geflüchteten betrifft. Hier orientierte er sich, wie die Gesprächspartner im Gruppeninterview auch, grundsätzlich am Aufenthaltsstatus der Syrer in Deutschland und wollte wissen, inwiefern sich die aktuelle Situation in beiden Ländern denn unterscheidet. Unser Interviewpartner kritisierte auch, dass die Afghanen in den letzten Jahren nicht die gleichen Chancen bekommen hätten, an den BAMF-Sprachkursen teilzunehmen. Die Syrer und Iraner hätten bessere Chancen bekommen, Deutsch zu lernen. Er resümierte:

»Seit drei Jahren haben die Afghanen keine Chance bekommen, Deutsch zu lernen, eine Ausbildung zu machen und eine Arbeit zu bekommen.«

Bestätigt wurde von unserem Gesprächspartner auch, dass sehr unterschiedliche Erfahrungen mit der einheimischen Bevölkerung im Alltag gemacht würden. Sie reichen von großer Aufgeschlossenheit und privaten »Patenschaften« bis hin zu subtilem und offenem Rassismus. Unser Interviewpartner war aber auch der Meinung, dass die Afghanen ihre soziokulturelle Integration noch wesentlich verbessern könnten, wenn sie die eigene Vernetzung und Selbstorganisation *landesweit* verbessern. Er berichtete, dass ein »Kulturverein der Afghanen in Brandenburg« sich in der Gründungsphase befinde.

*Im Interview mit dem Gesprächspartner aus der syrischen Gruppe* bestätigte sich, dass der Prozess der Selbstorganisation hier schon deutlich weiter fortgeschritten ist als bei den anderen untersuchten Gruppen. Besonders in Potsdam sind die syrischen Geflüchteten sehr aktiv.

Unser Interviewpartner schätzte aber auch kritisch ein, dass viele Syrer noch falsche Vorstellungen von der gesellschaftlichen Realität in Deutschland hätten. Sie könnten sich beispielsweise nicht vorstellen, dass manche Menschen hierzulande zwei Jobs benötigen würden, um ausreichend Geld zu verdienen. Zu weiteren, weit verbreiteten Fehleinschätzungen bemerkte er: »Der syrische Flüchtling weiß nicht, dass der Führerschein hier 2000 Euro kostet. In unsrem Land kostet es 100 Euro oder weniger.« Manche Syrer würden davon ausgehen, dass »Deutschland ein Paradies ist, wegen der Natur und wegen der Straßenbahn.« Manche hätten auch »nicht geahnt, wie kompliziert die staatliche Bürokratie in Deutschland sein kann«.

Unser Interviewpartner unterstrich zugleich, dass die Syrer in Brandenburg ein großes Interesse an intensiveren Kontakten mit der einheimischen Bevölkerung hätten. Er bedauerte, dass das Interesse der einheimischen Bevölkerung – auch dann, wenn Veranstaltungsabende zur syrischen Geschichte, Kunst und Kultur organisiert würden – relativ gering bliebe. Dabei sei die Gruppe der Syrer eine sehr heterogene: Muslime, Christen, Drusen und andere. Der syrische Experte erklärte, warum manche Geflüchtete in Deutschland kein Vertrauen in die Polizei hätten, mit dem Umstand, dass sie schlechte Erfahrungen mit der Polizei in Syrien gemacht haben – und dies würden sie auch auf die deutschen Verhältnisse projizieren. Er sagte: »Sie denken, dass alle Polizisten in der ganzen Welt gleich sind.« Manche der syrischen Geflüchteten würden nach dem Motto handeln: »Wenn ich Probleme mit jemandem habe, versuche ich sie selber zu lösen, weil die Polizisten ohnehin korrupt sind.«

Eine sehr resolute Position vertrat unser Gesprächspartner in Bezug auf syrische Geflüchtete, die in Brandenburg straffällig werden – was sich zumindest mit den Äußerungen einzelner Syrer deckte, mit denen wir vorher in zwei Gruppeninterviews in Frankfurt/Oder gesprochen hatten. Wer gewalttätig würde, könne nicht mit einem Bleiberecht in Deutschland rechnen, sondern schade dann vielmehr dem Bild von der Gesamtgruppe.

Unser Interviewpartner wollte ebenso zwischen solchen Geflüchteten unterscheiden, die sich aktiv um eine erfolgreiche Integration bemühten – und solchen, die sich schwer damit taten, bspw. Angebote der beruflichen Qualifikation und Weiterbildung zu nutzen und vorhandene Arbeitsangebote wahrzunehmen, selbst wenn sie nicht den idealen Vorstellungen der Geflüchteten entsprechen würden. Er hielt es hier für angemessen, dass der deutsche Staat »Integrationswillige« und »Integrationsunwillige« auch unterschiedlich unterstützt.

Eine eher kritische Haltung nahm unser syrischer Gesprächspartner – der sich selbst als säkular versteht – schließlich auch gegenüber dem Islam als Religion ein. Aus persönlichen Erfahrungen sehe er die Gefahr, dass »Anhänger des Islam sehr anfällig gegenüber Tendenzen von Radikalisierung sein können«, und es gäbe zu wenig Skepsis gegenüber den Geistlichen:

»Wenn ein Imam in einer Moschee predigt, dass das Schwimmbad für die Kinder nicht gut ist, dann werden die Eltern selbstverständlich auf ihn hören.«

*Im Interview mit dem Gesprächspartner aus der eritreischen Gruppe* erhielten wir noch einmal das Bild von einer Community, die ähnlich positive wie negative Erfahrungen mit der Aufnahmegesellschaft im Alltag macht wie die anderen Gruppen, sich insgesamt aber eher zufrieden über die momentane eigene Situation in Brandenburg/Deutschland äußert. Eritreische Geflüchtete, so betonte unser Interviewpartner, haben häufig eine extrem schwierige Flucht hinter sich – häufig mit traumatischen Erlebnissen auf der Fluchtroute –, bevor sie in Europa ankommen. Die Erlebnisse im Herkunftsland wie auch entlang der Fluchtroute lassen die meisten Geflüchteten – dies wurde auch in den beiden Gruppeninterviews mit Männern und Frauen aus Eritrea thematisiert – die (neuen) Lebensumstände in Deutschland außerordentlich wertschätzen. Unser Gesprächspartner unterstrich, wie auch die Teilnehmer der beiden Gruppeninterviews, wie froh die Eritreer seien, dass sie ihren Alltag in Brandenburg gestalten könnten, ohne in kriegerische Situationen verwickelt zu werden, ohne plötzlich mit repressiven Maßnahmen und Verfolgung rechnen zu müssen.

Die vom Staat angebotenen Integrationshilfen würden sehr geschätzt, und

den Eritreern sei bewusst, dass sie ihre eigenen Integrationsbemühungen, beispielsweise beim Erwerb der deutschen Sprache, noch verstärken könnten. Probleme gäbe es an manchen der Arbeitsplätze, dort »treffe« man bisweilen »auch auf Rassismus«.

Ein nennenswertes Konfliktpotential mit anderen Bevölkerungsgruppen – etwa mit der deutschen Bevölkerung oder auch mit anderen Gruppen von Geflüchteten – sieht unser Gesprächspartner aber nicht. Vielmehr unterstrich er das Selbstbild der Eritreer von einer Gruppe, die sehr bemüht sei, Spannungen und Differenzen auf eine möglichst friedfertige Art und Weise zu lösen. Er selbst sei Christ und suche aktiv den Kontakt auch mit Christen in Brandenburg. Er bescheinigte aber auch der Gruppe insgesamt eine relativ starke Religiosität, was sich mit den Statements in den Gruppeninterviews deckt. Es sei vielen Eritreern wichtig, religiöse Gemeinschaft zu leben, so auch durch regelmäßigen gemeinsamen Gottesdienstbesuch. Bemerkenswert war für uns in diesem Interview auch, dass nochmals, wie auch in den Gruppeninterviews, betont wurde, es gebe keinerlei Konflikte und Spannungen zwischen den in Brandenburg lebenden eritreischen Christen und Muslimen. Auch er selbst habe muslimische Freunde aus Eritrea.

*Im Interview mit dem Gesprächspartner aus der tschetschenischen Gruppe standen strukturelle Probleme der Integration für diese Gruppe im Vordergrund. Unser Gesprächspartner betonte, dass die Situation für die Tschetschenen in Brandenburg – und in Deutschland generell – hochproblematisch sei, weil sie in der permanenten Unsicherheit leben würden, ob sie überhaupt für einen längeren Zeitraum bleiben könnten. Der Umstand, dass jederzeit die behördliche Aufforderung ergehen könne, das Land zu verlassen und umgehend nach Tschetschenien zurückzugehen, habe eine lähmende Wirkung auf die gesamte Gruppe. Ähnlich wie der syrische Experte fragte uns auch der tschetschenische Gesprächspartner, weshalb es keine staatlichen Kriterien und Instrumentarien gäbe, besondere Integrationswilligkeit (bspw. durch schnellen Spracherwerb; die Bereitschaft, auch unterqualifizierte Jobs anzunehmen, ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement vor Ort u. a.) auch im Aufenthaltsstatus zu honorieren.*

Er könne einerseits verstehen, dass die deutsche Asylpolitik allgemeine Kriterien pro Land ansetze, und äußerte sich anerkennend auch über die Verfahren der Einzelfallprüfung. Andererseits würden, so unser Gesprächspartner, die Instrumentarien der Fallprüfung nicht wirklich ausreichen, um die jeweiligen Fälle »ausreichend aufhellen« zu können. Für viele tschetschenische Familien wie Einzelpersonen sei es extrem schwierig, nachzuweisen, dass man von staatlichen Einrichtungen, Militär, Polizei, teilweise auch Clans in Tschetschenien drangsalariert und verfolgt wurde und mit hoher Wahrscheinlichkeit nach einer Rückkehr wieder mit demselben rechnen müsse.

Unser Interviewpartner war, ebenso wie der afghanische Interviewpartner, aktuell damit beschäftigt, einen Verein der Tschetschenen in Brandenburg aufbauen zu wollen. Allerdings befürchtet er auch hier Schwierigkeiten bei der Anmeldung des Vereins, insofern sich keine ausreichende Zahl an bereits anerkannten Asylbewerbern mit tschetschenischem Hintergrund und/oder auch einheimische Deutsche beteiligen würden.

*Die von uns interviewten beiden Sozialarbeiter* waren im Raum Teltow-Fläming und Märkisch-Oderland tätig. Sie bescheinigten uns ein vergleichsweise großes Engagement der kommunalen Einrichtungen wie auch von ehrenamtlichen Helfern in der Region, um den ungewöhnlichen Herausforderungen seit 2015 gerecht zu werden. Allerdings würden die kommunalen Verwaltungen für die Zukunft noch deutlich mehr Informationen benötigen, was den »Background« und die Herkunftsländer der Geflüchteten betrifft – einerseits für die eigene Arbeit mit den Menschen selbst, andererseits auch für einen generell sichereren und souveränen Umgang der Gesamtgesellschaft mit den Geflüchteten. Ein Beispiel hierfür sei die momentan noch starke Unkenntnis über religiöse muslimische Feste. Würden diese beispielsweise im öffentlichen Raum gefeiert, seien Verwaltungen, aber auch Sicherheitskräfte teilweise überfordert, weil sie nicht wüssten, inwiefern die gefeierten Feste tatsächlich im Rahmen der gesetzlich garantierten Religionsfreiheit durchgeführt würden, oder ob sich möglicherweise Kollisionen mit dem geltenden Recht ergäben. Im Allgemeinen seien diese Verunsicherungen unbegründet, man müsse sie aber durch einen deutlichen Informations-

zuwachs abbauen. Dies sei, so eine Gesprächspartnerin, aber auch sehr wichtig, um die nach wie vor – durch die kulturellen Unterschiede bedingten – allgemeinen Ambivalenzen und Verunsicherungen in der einheimischen Bevölkerung nach und nach abzubauen. In diesem Kontext wurde die bisherige Arbeit der Fachstelle Islam in Brandenburg sehr gelobt.

Die gleiche Expertin skizzierte sehr markant Integrationshemmnisse, die von Geflüchteten selbst kaum oder gar nicht zu beeinflussen sind, so beispielsweise in Bezug auf Wohnraumvermittlung. Offensichtlich sind beispielsweise ethno-kulturelle Vorurteile gegenüber sämtlichen Gruppen von afrikanischen Geflüchteten bei Wohnungseigentümern/Vermietern besonders ausgeprägt, was es u. a. den eritreischen Geflüchteten deutlich erschwert, zeitnah einen angemessenen Wohnraum zu erhalten – oder aber erst nach intensiven Anstrengungen, die Vorurteile auf Seiten der Vermieter abzubauen. Sie konstatierte dazu:

»Wer sehr große Probleme hat, eine Wohnung zu bekommen, das sind die Afrikaner – und da ist es egal, ob sie aus Eritrea oder Somalia oder noch einem anderen afrikanischen Land kommen, die haben wirklich die größten Probleme. (...) Afrikaner werden deutlich am Wohnungsmarkt benachteiligt. Auch die Afghanen haben es nicht leicht am Wohnungsmarkt, allerdings vor allem deshalb, weil sie einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben. (...) Da haben die Vermieter Angst, dass die Wohnungen dann nach einem Jahr wieder leer stehen.«

Der zweite von uns interviewte Sozialarbeiter verwies zunächst darauf, dass die afrikanischen Geflüchteten innerhalb der Aufnahmeheime mit einem besonders schlechten Image zu kämpfen hätten. Afrikanische Geflüchtete würden von den anderen Bewohnern häufig als wenig integrationsmotiviert, laut und wenig ordnungsliebend (bspw. auch im Küchenbereich) wahrgenommen. Dieser Eindruck gehe dann offenbar auf potentielle Wohnungsvermieter über, und es bedürfe dann doppelter Anstrengungen, damit afrikanische Familien und Einzelpersonen am Ende doch zu einer angemessenen Wohnung gelangten.

Die von uns zuerst interviewte Sozialarbeiterin hat es sich zu einer besonderen Aufgabe gemacht, feststehende Vorurteile bei den Vermietern zumindest versuchsweise aufzubrechen. So berichtete sie:

»Ich sage den Vermietern im Allgemeinen erstmal: »Sie kennen die Familie noch gar nicht, wollen Sie sich nicht doch erstmal selbst ein Bild machen, und dann können Sie ja immer noch entscheiden ...? Manchmal bleiben die Vermieter komplett bei ihrer Ablehnung, aber manchmal lassen sie sich dann doch auf ein Kennenlernen ein, und dann kommt es auch zu Mietverträgen. Und manchmal staunen die Vermieter, sind positiv überrascht und melden uns das so auch zurück. Aber es gibt auch die Negativbeispiele, wo die Vermieter uns später noch einmal kontaktieren und dann eben doch über Schwierigkeiten berichten – das fängt bei unerledigter Hausordnung an ...«

Generell bleibt den Sozialarbeitern vor Ort, die in der Beratung der einzelnen Geflüchteten Gruppen tätig sind, aber wenig oder überhaupt keine Zeit, ihre Klienten bei der Wohnungssuche zu begleiten. Die Vermittlung von Kontakten oder ein vermittelnder Anruf, so unsere Interviewpartner, seien umgekehrt eben oft nicht ausreichend, um zum Erfolg zu gelangen. Da die Geflüchteten selbst häufig noch Sprachprobleme hätten, sich im deutschen Wohnrecht nicht auskennen würden und ihr generelles Auftreten oft noch von Unsicherheit geprägt sei, bedürfe es aber einer umfassenden Begleitung, und hierfür wird der zusätzliche Einsatz von Sozialarbeitern ausdrücklich empfohlen.

Der zweite Interviewpartner – selbst vor Jahren Migrant – schätzte seinerseits ein, dass die Aufnahmegesellschaft es derzeit mit sehr unterschiedlich motivierten Menschen zu tun habe. Seine eigenen Arbeits-Erfahrungen der letzten Jahre hätten ihn in der Erkenntnis bestärkt, dass ein Teil der gekommenen Geflüchteten in geradezu fahrlässiger Weise unterfordert sei.<sup>25</sup> Unter ihnen gäbe es eine ernstzunehmende Zahl an Personen, die an einer raschen Integration nicht ausreichend interessiert sei. Einige hätten sich »mit den gebotenen Sozialleistungen arrangiert« und seien nicht wirklich interessiert, sich eigenen Herausforderungen am Arbeitsmarkt zu stellen. Im Extremfall würde ein Vorteil darin gesehen,

---

25 So berichtete unser Gesprächspartner: »Ich arbeitete in einem Aufnahmeheim, und dort fand das ganze Leben eigentlich in der Nacht statt. Die Bewohner sind bis 12 oder 13 Uhr beschäftigt, und dann ist einfach Party. Da wird einfach nichts gefordert.«

durch eine hohe Kinderzahl bewusst die staatlichen Zuwendungen zu erhöhen und damit eine vermeintliche finanzielle Unabhängigkeit zu gewinnen.

Wie Tendenzen einer Integrationsverweigerung wirksam gegengesteuert werden könne, dafür habe er allerdings auch kein Konzept. Ein gravierendes Problem sah unserer Interviewpartner auch in der mangelnden Motivation mancher Geflüchteter, die deutsche Sprache lernen zu wollen. Dort, wo gute Sprachkurseangebote jahrelang nachweisbar nicht genutzt würden, solle und könne man über eine Aufhebung des Aufenthaltsstatus nachdenken: »Es gibt solche Regelungen schon in Skandinavien, und deshalb halte ich sie auch hier für vertretbar.«

Der von uns interviewte *Flüchtlingspfarrer in Potsdam, Bernhard Fricke*, bekleidet eine Stelle und Funktion, die in dieser Form in ganz Berlin-Brandenburg so ausgestattet ausschließlich in Potsdam existiert. Seit 2015 ist Fricke im Amt. In seiner Tätigkeit verbindet er die Beratung von Geflüchteten – auch in Bezug auf ihre Rechte als Asylbewerber –, die praktische Unterstützung bei der sozialen wie kulturellen Integration und, wo es gewünscht wird, seelsorgerischen Beistand. Er selbst, der lange als Seelsorger in der Berliner Abschiebehaf gearbeitet hat, betont, dass die beiden für ihn entscheidenden Pfeiler seiner Arbeit »Flüchtlingsschutz« und »Integration« seien, und erläutert:

»Beim Flüchtlingsschutz spielt Religion fast überhaupt keine Rolle, höchstens in der Seelsorge. Beim Flüchtlingsschutz geht es um den Schutz der Menschenrechte. Anders ist es bei der Integration. Da kann man natürlich die Frage stellen, welche Rolle die Religion spielt auf der Seite desjenigen, der sich integrieren möchte, und auf der Seite der Aufnahmegesellschaft. Hier hilft ein differenzierter Blick: Menschen sind verschieden. Es müssen nicht alle Christen oder Muslime sein, sondern wir können uns in der Verschiedenheit begegnen. Diese Begegnungen der Verschiedenen sind wichtig für eine Stadt, mit vielen Weltanschauungen, mit Religionen, mit verschiedener Herkunft, Alter und Geschlecht. Wir sind alle verschieden und wissen doch, dass wir zu einer Stadt gehören. Ich habe lange darüber nachgedacht, was eine ›Kirche mit Flüchtlingen‹ sein kann. Geflüchtete haben unterschiedlichen Glauben, das passt

nicht zur christlichen Kirche. Aber indem wir in der Verschiedenheit Respekt einüben, können wir sagen: Es wird zwar nicht alles eins. Aber es kann gelingen, gegenseitig offen und respektvoll zu sein. Man kann sich einladen und zusammen etwas gestalten, aber es wird immer ein Unterschied bleiben. Das ist auch das Schöne an einer Gesellschaft, dass sie so vielfältig ist. Alles andere wäre doch langweilig.«

In Zusammenarbeit mit Migranten und Geflüchteten verschiedener Herkunft entstanden in der Landeshauptstadt während der letzten Jahre viele Integrationsprojekte auch von Migranten selbst – wie z. B. der Verein »Mosaikstein e. V.« –, die durchaus einen Pilotcharakter für andere Städte in Brandenburg besitzen dürften. Für Pfarrer Fricke ist »Integration auch Beziehungsarbeit«. Im multikulturellen Quartierstreff Staudenhof in Potsdam Mitte treffen sich seit Jahren Familien und Einzelpersonen aus den Gruppen der afghanischen, eritreischen und syrischen Geflüchteten, die einerseits an allgemeiner Beratung interessiert sind, umgekehrt aber auch kulturellen Austausch mit der einheimischen Bevölkerung wie auch mit anderen in Potsdam lebenden Minderheiten anstreben. Dieser Treffpunkt bietet beides: regelmäßige Veranstaltungen für ein interkulturelles Kennenlernen wie auch Integrationsprojekte, die auf ganz praktische Maßnahmen zielen – wie die Initiative »Männer mit Perspektive«, ein Projekt der Flüchtlingsarbeit im Evangelischen Kirchenkreis Potsdam, das Fricke gemeinsam mit dem Syrer Fadi Sujaa koordiniert. Dabei geht es um ein gutes Ankommen in Potsdam und um Teilhabe an der Gesellschaft, der Zugang zum Arbeitsmarkt gehört natürlich dazu.

Bernhard Fricke sieht sich auch als Schnittstelle zur Politik und Öffentlichkeit in Potsdam, will auch in diese Richtung Handlungsempfehlungen anbieten und in unabhängig-kritischer Weise Defizite in den bisherigen Strukturen und Rahmenbedingungen für die Eingliederung der Geflüchteten benennen. Die von ihm angebotenen Projekte verstehen sich ausdrücklich als interkulturell und auch interkonfessionell. Hilfsangebote sind in keinerlei Weise an den religiösen Hintergrund der Teilnehmer gebunden. Es gehe, so Fricke, um eine gelebte Gemeinschaft von Geflüchteten und Einheimischen, die gegenseitiges Verständnis ermöglicht und hilft, den Gekommenen ihren Weg in die Aufnahmegesellschaft zu erleichtern. Fricke ist der Überzeugung, dass Religion denjenigen Geflüchte-

ten, die eine Nähe zum Glauben besitzen und Anschluss an eine jeweilige Glaubensgemeinschaft suchen, bei der Überwindung elementarer Integrationsprobleme sehr helfen kann.

Umgekehrt hält er es aber für enorm wichtig, dass sich die Aufnahmegesellschaft mit den kulturellen und religiösen Lebenswelten der Geflüchteten auseinandersetzt, und dies nicht nur aus allgemein humanitären Überlegungen heraus. Das Wissen über den kulturellen und religiösen Hintergrund der Geflüchteten sei gering, und diese Defizite stünden einem offeneren und toleranteren Klima deutlich im Weg.

Bernhard Fricke befürchtet, dass der bisher nur schleppende Verlauf der beruflichen Integration insbesondere jüngerer Geflüchteter ein erhebliches Frustrationspotential entwickeln könne, aus dem zumindest bei einem Teil der nicht integrierten Personen destruktive Verhaltensweisen erwachsen könnten. Um dem gegenzusteuern, hält er die gemeinsame Arbeit an der Integration als gegenseitigen Lernprozess für sehr wichtig:

»Ich würde immer sagen, dass Integration ein Prozess ist, und natürlich gibt es eine Vision für den Endpunkt eines Prozesses. Ich könnte es auch so beschreiben: Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlicher Religion treten miteinander in Beziehung, wissen etwas voneinander, unterstützen sich gegenseitig, sind solidarisch miteinander und haben teil an der sie umgebenden und aufnehmenden Gesellschaft.«

Die eigentliche Herausforderung sei, »die Verschiedenheit« der Gruppen »zu etwas produktiv Erlebbarem« zu machen. Pfarrer Fricke hebt immer wieder die Bedeutung der Beziehungsarbeit unter den Menschen hervor. Mit Unterstützung des »Interreligiösen Forums Potsdam« will Potsdams Flüchtlingspfarrer möglichst alle Glaubensgemeinschaften der Stadt miteinander in Kontakt bringen.

»Ich halte dieses interreligiöse Projekt für wichtig. Das ist nicht der Kern. Das ist das Thema. Das ist nicht die Identität, aber wir wollen es zum Thema machen. Wir wollen, dass unsere Religionen miteinander in Kontakt kommen und sich dabei auch ein ganzes Stück selbst befragen. Eine Möglichkeit dazu besteht beim ›Tag der Re-

ligionen«, den wir schon zum zweiten Mal gemeinsam mit den Integrationskursen der Volkshochschule in Potsdam gestalten. Dabei werden wir authentische religiöse Orte besuchen und uns gegenseitig zuhören: Der Imam stellt die Moschee vor, der Rabbiner die Synagoge und die Pfarrerin die Kirche. Wir machen das ganz praktisch. Das Vorbereitungsteam ist interreligiös besetzt. Es gibt viele andere Möglichkeiten, als Religionsgemeinschaften etwas zu gestalten. Das ist ganz praktische Friedensarbeit.«

Dass Unkenntnis über den kulturellen und häufig auch religiösen Hintergrund der Geflüchteten enorme Probleme im kommunalen Alltag schaffen könne, bestätigte im Experten-Interview auch der Leiter der Fachstelle Islam in Brandenburg, *Dr. Yunus Yaldiz*. Der promovierte Islamwissenschaftler und sein Team werden regelmäßig zu Informationsveranstaltungen in kommunale Einrichtungen, insbesondere aber auch in Schulen eingeladen. Oft könne man dort, so Yaldiz, in der gebotenen Kürze der Zeit nur einiges an Basiswissen vermitteln, was gleichwohl sehr dankbar angenommen werde. Die kommunalen Einrichtungen könnten selbst darüber entscheiden, worüber sie vorrangig informiert werden wollen, so beispielsweise über die Gesellschaften und Lebensverhältnisse, aus denen die Geflüchteten gekommen sind, oder über Grundlegendes aus der Geschichte, Kultur und Religion des Islam.

Zunehmend wird das Team der Fachstelle Islam aber auch an Brandenburgische Schulen gerufen, wenn sich Konflikte und Spannungen zwischen einheimischen Kindern und Kindern aus den Familien von Geflüchteten ergäben. Yunus Yaldiz sieht hier zwei unterschiedliche Einflussfaktoren. Zum einen seien tschetschenische Kinder überdurchschnittlich häufig das Ziel von Diskriminierungen und Anfeindungen (durch andere Gruppen von Kindern).

Dies würden sie aber auch äußerst resolut beantworten. Die Haltung, sich auf eine besonders resolute Weise zu wehren, rühre möglicherweise von der sehr starken Orientierung an den eigenen Vätern. Und oft würden die Väter ihren Kindern vermitteln, dass die eigene Familie und die eigene Gruppe den einzigen Schutz und Rückhalt in einer Welt bieten würde, die von Gewalt, Krieg und Konkurrenz geprägt sei. Insofern würden auch die Kinder und Jugendlichen mit

einer »gepanzerten Mentalität« im öffentlichen Alltag, und damit auch in den Schulen, auftreten. Indirekt dürften diese Verhaltensweisen wiederum zwei Probleme spiegeln: Die traumatischen Erfahrungen der tschetschenischen Familien in einem von Kriegen, Korruption und Repression geschüttelten Herkunftsland, welche sich von den Eltern auf die Kinder übertragen; daneben aber auch die ständige Anspannung in den tschetschenischen Familien, die aus der Ungewissheit entsteht, ob sie in Brandenburg bleiben können oder nicht. Im erweiterten Kontext stellte Yunus Yaldiz dazu fest:

»Die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-und-Mitte-Studien, so mein Gefühl, sind auch in Brandenburg bittere Realität. Es geht nicht um die Gewichtung, um wieviel schlimmer oder weniger schlimm die Anfeindungen gegen die einzelnen Minderheiten sind. Gegenwärtig sind aber Islamfeindschaft und Antiziganismus deutlich stärker ausgeprägt als der Antisemitismus. Und innerhalb der Gruppe der neuen Geflüchteten ist die Gruppe der Tschetschenen ganz klar jene, die am meisten angefeindet wird, das bekommen wir auch durch die tägliche Arbeit mit. Offensichtlich werden die Tschetschenen als Haupt-Problemgruppe wahrgenommen, und die Medien tragen da ihren Teil dazu bei. (...) Gleichwohl sind die Tschetschenen nach meiner Erfahrung eine Gruppe, die nicht aus puren ökonomischen Erwägungen ihre Heimat verlassen würde. Diese Leute gehen nicht weg, wenn sie nicht müssen. Und sehr viele dieser Leute und Familien sind traumatisiert, zum Teil schwerst traumatisiert. Man merkt das beispielsweise, wenn man mit den Eltern der tschetschenischen SchülerInnen spricht, und wenn dann beispielsweise zutage kommt: »Meine Kinder ertragen überhaupt keinen Krach, schalten plötzlich ab, sagen gar nichts mehr ...«

In Bezug auf Religion bestätigte Yunus Yaldiz, dass sich die Geflüchteten mit muslimischem Hintergrund, was ihre Formierungen als Glaubensgemeinschaft mit jeweiligen Ausrichtungen betrifft, noch am Anfang befänden. Dies hänge auch damit zusammen, dass sich in vielen Städten und Orten des Landes die Zusammensetzung der Communities noch ändere, neue Geflüchtete hinzukämen usw. Unterschiede seien allerdings festzustellen zwischen strenggläubigen Personen und Gruppen, und solchen, die eher zu liberalen Auslegungen muslimischer Vorschriften im Alltag neigen würden. In streng konservativen Kreisen

könne es durchaus auch vorkommen, dass das liberale deutschen Umfeld, mit all seinen Möglichkeiten eines weltoffenen, individuellen Lebensstils, als Bedrohung empfunden würde, ebenso auch für Kontakte zu anderen Religionsgemeinschaften – wie den Kirchen und den jüdischen Gemeinden – keine Offenheit bestünde. Auf die Frage, ob religiöse Radikalisierungen unter den muslimischen Geflüchteten in Brandenburg befürchtet werden müssten, antwortete der Fachstellen-Leiter:

»Ja, aber man kann nicht jeden religiösen Rigorismus Radikalisierung nennen. Es gibt diesen salafistischen Zweig, oder auch salafistisch-wahhabitischen Zweig, und dann gibt es noch den legalistischen Zweig, unter anderem mit den Muslimbrüdern. Vor allem den legalistischen Zweig, den halte ich schon für eine gefährliche Erscheinung; das sind Leute, die sich an der Oberfläche ans Gesetz halten, unter der Oberfläche aber den Staat unterminieren, verändern wollen, das System verändern wollen (...) und die sind unglaublich einflussreich und überall unterwegs.«

Die Zahl radikal-islamistischer Gefährder sei hingegen in Brandenburg bisher sehr gering, erklärte Yunus Yaldiz: »Wir haben es mit einer zweistelligen Zahl von Gefährdern im niedrigschwelligen Bereich bei 40 000 Geflüchteten zu tun. Aber die niedrige Zahl kann natürlich auch noch etwas damit zu tun haben, dass wir noch sehr wenig von der Szene in Brandenburg wissen.«

Ein der Gruppe direkt inhärentes Problem mit Antisemitismus sieht Yunus Yaldiz innerhalb der Gruppe muslimischer Geflüchteter in Brandenburg im Moment ebenfalls nicht, und auch hier differenziert er nach Konstellationen und jeweils gewählten Perspektiven:

»Ich denke, das Problem besteht eigentlich gar nicht zwischen Muslimen und Juden, weil die sich eigentlich sehr ähnlich sind in verschiedensten Ritualen und Gebräuchen (...) Und Juden und Muslime haben lange Zeit ja auch im gleichen Gebiet gelebt. Manchmal gab es mehr, und manchmal weniger Streitigkeiten, aber das war nie ein jüdisch-islamisches Problem, sondern das Problem ist ein – ich sage mal – arabisch-israelisches Problem oder islamistisch-israelisches Problem ... und ein Problem ist, dass auf Grund der relativ geringen Bildung in diesem spezifischen Bereich und der

starken Propaganda in ihren Herkunftsländern viele Geflüchtete nicht zwischen ›yahud‹ und ›Israeli‹, also nicht zwischen ›Jude‹ und ›Israeli‹ unterscheiden. Jeder Israeli ist plötzlich ein ›Yahud‹ ...«

Bildungsveranstaltungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die die Vorurteile gegenüber verschiedensten ethno-kulturellen Minderheiten in Deutschland thematisieren und die sich an alle Bevölkerungsgruppen gleichzeitig richten, würde Yunus Yaldiz für eine sehr hilfreiche Sache halten.

Dass für die tschetschenischen Geflüchteten oft besonders große Probleme aus ihrer aktuellen Situation in Brandenburg erwachsen, die einer Lösung bedürfen, bestätigte im Experteninterview auch die *Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, Dr. Doris Lemmermeier*. Es habe in Brandenburg durchaus Zwischenfälle gegeben, in denen tschetschenische Männer – in Gruppen – Konfliktsituationen auf ungewöhnliche, gewalttätige Weise ausgetragen hätten. Andererseits ergäben sich für sie durch den besonders ungünstigen Aufenthaltsstatus objektive strukturelle Probleme, die eine erfolgreiche Eingliederung in die hiesige Gesellschaft und häufig auch ein normales Alltagsleben enorm erschweren würden. So sei es den tschetschenischen Geflüchteten oft nicht möglich, die Aufnahmeheime zu verlassen. Arbeitsverhältnisse ergäben sich auch nur unter schwierigen Bedingungen, und auch bei den Behörden hätten sie – da man davon ausgehe, die meisten von ihnen müssten ohnehin in ihr Herkunftsland zurückgehen – einen sehr schweren Stand. Es gäbe gleichzeitig aber auch viele positive Beispiele der Integration von tschetschenischen Geflüchteten.

So wie Yunus Yaldiz und Bernhard Fricke, sieht auch Doris Lemmermeier mehr Vor- als Nachteile in religiösen Angeboten, um die sozio-kulturelle Integration der Geflüchteten in Brandenburg schrittweise zu verbessern. Hier läge es bei den Kommunen, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch die während der letzten Jahre nach Brandenburg gekommenen Geflüchteten der letzten Jahre – die meisten von ihnen sind muslimischen Glaubens – lokale Möglichkeiten finden, Religion in Gemeinschaft praktizieren zu können. Doris Lemmermeier stellt hierzu fest:

»Die Möglichkeit, seinen Glauben ausüben zu können, kann sehr integrationsfördernd sein. Das muss man so sagen, und das gilt auch für Muslime, aber sie haben es sehr viel schwieriger als andere (...) Wir haben eine Moschee in Potsdam, die al Farukh Moschee, wir haben eine kleine Moschee in Cottbus, an der BTU, und wir haben einen Raum, den man Moschee nennen kann, in Frankfurt/Oder. Ansonsten gibt es in verschiedenen Orten Initiativen und Gruppierungen, die sich bemühen, ebenfalls geeignete Gottesdienst- und Gebetsräume zu finden.«

In vielerlei Hinsicht stünden die muslimischen Netzwerke, Vereine und Initiativen in Brandenburg noch am Anfang, sowohl was die Finanzierung von Räumlichkeiten als auch die künftige Ausbildung von Imamen betreffe. Doris Lemmermeier hält es für wichtig, dass die gläubigen Muslime entsprechende religiöse Angebote in ihrer Nähe erhalten können und hierfür nicht erst nach Berlin fahren müssten. Jetzt wäre es aber erst einmal wichtig, »dass die Menschen einen Raum haben, der groß genug ist für das Freitagsgebet. Das Freitagsgebet ist auch ein soziales Ereignis, ein wichtiger Haltepunkt für viele, und hier sollten auch Gebetsmöglichkeiten für Frauen geschaffen werden«.

Als ein weiteres im Land Brandenburg bisher nur teilweise gelöstes Problem sieht Doris Lemmermeier den Erwerb der deutschen Sprache durch die Geflüchteten. Sprache sei schließlich der »Schlüssel zur Integration«, und hier habe Brandenburg durch die Einführung der Kurse »Deutsch für Flüchtlinge« immerhin eine sehr positive Vorreiterrolle gespielt. Diese Deutschkurse werden vom Europäischen Sozialfonds finanziert und sind vorrangig für Geflüchtete gedacht, die nach den BAMF-Richtlinien aktuell keinen Zugang zu den Integrationskursen besitzen. »Wird das Asylverfahren positiv abgeschlossen und bekommen die betreffenden Personen einen Aufenthaltsstatus, können sie gleichwohl im selben Kurs bleiben. Nur die Finanzierung kommt dann von anderer Stelle, das ist sehr hilfreich«, erläuterte Doris Lemmermeier. Umso wichtiger sei es aber, dass die Möglichkeit dieser Kurse auch unter allen Gruppen bekannt sei, so die Integrationsbeauftragte, und weiter:

»Das ist eine hervorragende Möglichkeit auch für die Gruppe der Tschetschenen. Viele von ihnen scheinen das Programm allerdings noch nicht zu kennen. Dabei kann

jeder, der geduldet ist und keinen Anspruch auf einen BAMF-Integrationskurs besitzt, über ›Deutsch für Flüchtlinge‹ in einem Integrationskurs teilnehmen. Vorausgesetzt, den Integrationskurs gibt es in der Nähe, natürlich. (...) Dann muss sich die Kommune einschalten, es bedarf eines Sprachkursträgers vor Ort, und das Ganze muss natürlich bekannt sein.«

Doris Lemmermeier verwies im Interview noch einmal auf unterschiedliche Träger und Akteure, die die jeweiligen Sprachkurse und ihre Abschlüsse im Angebot haben. Die Angebote seien allerdings nicht flächendeckend und kämen teilweise auch nicht schnell genug:

»Die Leute müssen zum Teil zu lange auf die Kurse warten. Die höheren Stufen C1, von C2 ganz zu schweigen, gibt es nicht. Wir haben ein Flächenland, da gibt es zu wenige Leute, also die Sprache bleibt ein riesiges Thema.«

Ausdrückliches Lob fand die Integrationsbeauftragte im Experten-Interview für die große Zahl der Ehrenamtlichen im Land Brandenburg, von denen sich viele auch nach den kritischen Jahren 2015–17 weiter bei der Begleitung von Geflüchteten engagiert haben und noch engagieren. Als ein echtes bürokratisches Hindernis für eine schnellere und effizientere Integration empfindet sie hingegen, dass eine Vielzahl von Informationsschriften und Verwaltungsformularen, mit denen die Geflüchteten Umgang haben müssen, nicht einmal in den häufigsten Fremdsprachen vorliegen, die diese sprechen:

»Durch das Versteifen auf die Amtssprache Deutsch haben wir uns einer großen Chance beraubt. Wenn man frühzeitig die Materialien und Informationsgrundlagen auch in anderen Sprachen – zusätzlich zu Deutsch – zur Verfügung gestellt hätte, wäre das eine enorme Erleichterung für alle Beteiligten gewesen. Auch die Ehrenamtlichen kommen an ihre Grenzen, wenn sie den von ihnen begleiteten Menschen Formulare in deutscher Sprache vermitteln sollen, die selbst für Einheimische oft nicht einfach zu verstehen sind. Da kommen manchmal an ein und demselben Tag drei Bescheide vom Jobcenter: Eine Korrektur vom Vormonat, die Benachrichtigung vom Monat und noch irgendwas anderes Grundsätzliches. Da hat schon ein Deutscher

schwer damit zu tun, das alles nachzuvollziehen, was auf den geschätzten 11 Seiten steht, selbst wenn er einen akademischen Hintergrund hat. Wie sollen dann erst die geflüchteten Personen damit klarkommen? An dieser Stelle sind uns die skandinavischen Länder weit voraus.«

Mit *Felix Klepzig* vom FC Borussia Brandenburg interviewten wir zudem einen ehrenamtlichen Fußballtrainer, dessen Klub seit rund fünf Jahren durch Geflüchtete aus verschiedensten Herkunftsländern einen enormen Spielerzulauf und die entsprechende Verstärkung der einzelnen Mannschaften erfahren hat. Unter anderem sind in Klepzigs Mannschaft Spieler aus verschiedenen afrikanischen Staaten, dem Iran, aus Afghanistan und Syrien aufgenommen worden. Einige haben sich über die Jahre hinweg zu echten Stützen im Team entwickelt. Spannungen auf Grund der Nationalitäten-Unterschiede entstehen hier, beim Fußballklub der Borussen von Brandenburg, offensichtlich nicht.

Verständlicherweise ist durch den enormen Spielerzulauf der letzten Jahre viel an neuer Dynamik in Klepzigs Mannschaft (wie auch in weitere Teams bei Borussia Brandenburg) gekommen, und es ergaben sich ungewöhnliche neue Herausforderungen für Trainer, Spieler und Mannschaftsbegleiter. So mussten neue Wege gefunden werden, die teilweise vorhandenen Sprachbarrieren zu überwinden, aber auch in kultureller Hinsicht mussten sich etablierte einheimische wie neu hinzugekommene Spieler (und letztere wiederum auch untereinander) erst einmal mental aufeinander einstellen, eine Aufgabe, die einiges an Fingerspitzengefühl verlange, so Felix Klepzig.

Der Erfolg der Mannschaft spricht dafür, dass dies vergleichsweise gut gelungen ist. Auch über den Fußball-Alltag hinaus haben sich Verbindungen zwischen den Spielern wie auch zwischen Spielern und Trainer ergeben. Einige der neuen Spieler freuen sich über das Angebot von Mannschaftsabenden, bringen sich dort selbst gern ein, fragen nach diversen Unterstützungsmöglichkeiten in Alltagssituationen, die für sie neu sind bzw. die sie allein noch nicht bewältigen können. Bei den Heimspielen der Borussia kommen am Wochenende häufig auch die Verwandten oder ganze Familien der Geflüchteten hinzu.

Doch nicht alles ist während der vergangenen Jahre harmonisch und zu je-

dermanns Zufriedenheit verlaufen. So berichtet der Trainer auch davon, dass einzelne einheimische Spieler die Mannschaft verlassen haben, weil es sie nach eigenem Bekunden stört, dass die Kommunikation der Spieler nur noch teilweise in deutscher Sprache gelaufen ist.

Das größte Problem der jüngsten Vergangenheit, so berichtete Klepzig, sind allerdings mehrere akute Erfahrungen mit offenem Rassismus gewesen. So wurden Spieler des FC Borussia Brandenburg bei einigen Auswärtsspielen auf Grund ihres nicht-europäischen Aussehens von Zuschauern auf primitivste Weise angepöbelt und beschimpft, in manchen Fällen aber gleichzeitig auch von Spielern der gegnerischen Mannschaft gezielt beleidigt. »In einem der Fälle waren die Beleidigungen und Beschimpfungen so unerträglich – obwohl wir ausdrücklich um deren Vermeidung gebeten hatten –, dass wir das Spiel abbrachen und ein Disziplinarverfahren gegen den Gastgeber beantragten«, berichtete Klepzig.

Unseren Interviewpartner ärgerte in diesem Falle besonders, dass es für den gegnerischen Verein weder harte Konsequenzen gab noch eine Sensibilisierung erfolgt sei. Eine Saison später machte ein brasilianisch-stämmiger Spieler von Borussia Brandenburg, so berichtete unser Interviewpartner, an gleicher Stelle eine andere höchst unangenehme Erfahrung. Als einer der besten Spieler auf dem Feld wurde er mehrfach gefoult, immer genau dann aber noch mit »Willkommen in Deutschland!«-Rufen »begrüßt«. Felix Klepzig's Eindruck ist, dass zumindest bei manchen rassistischen Vorkommnissen betroffene Trainer, vor allem aber auch Schiedsrichter die direkte Auseinandersetzung scheuen und den jeweiligen Zwischenfall eher ignorieren, möglicherweise ein Indiz für die eigene Hilflosigkeit gegenüber solchen Situationen.

Für seine engagierte multikulturelle Vereinsarbeit und das kontinuierliche Engagement bei der Einbeziehung von Geflüchteten ist der FC Borussia Brandenburg in letzter Zeit schon mehrfach durch das Land Brandenburg ausgezeichnet worden. Der Verein bekomme viel Zuspruch auch von auswärtigen Initiativen, berichtete Felix Klepzig.



## 8 **Schlussfolgerungen**

Die Aufnahme von bis zu 40 000 Geflüchteten seit 2015, vorrangig aus Krisengebieten des Mittleren Osten und Afrikas, war für das Land Brandenburg eine enorme Herausforderung, und sie ist es noch immer. Die Integration der Geflüchteten ist an vielen Stellen in einer bemerkenswerten Weise vorangekommen, viele weitere Aufgaben müssen allerdings noch gelöst werden. So wird es für einen Großteil der nun zumindest zeitweise im Land Brandenburg ansässigen Geflüchteten darauf ankommen, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden, in vielen Fällen zuvor aber noch entsprechende berufliche Fähigkeiten und Zulassungen zu erlangen. Für die Geflüchteten ist es wichtig, dass ihre Deutschkenntnisse ein Niveau erreichen, das ihnen zufriedenstellende Kommunikationsmöglichkeiten sowohl auf Arbeit, im öffentlichen Raum und auch im privaten Leben ermöglicht. Eine häufig unterschätzte und als nachgeordnet betrachtete Aufgabe ist die erfolgreiche kulturelle Integration der Geflüchteten. Es kann davon ausgegangen werden, dass viele von ihnen Integration auch als einen kommunikativen, gegenseitigen Lernprozess mit der Aufnahmegesellschaft verstehen (Berry) und dass sie weder an einer vollkommenen Assimilation noch an einer Separierung von der Mehrheitsgesellschaft interessiert sind. Die kulturelle Integration der seit 2015 in Brandenburg lebenden Geflüchteten ist auch deshalb eine besondere Herausforderung, weil die allermeisten von ihnen einem deutlich anderen Kulturkreis als dem westlichen angehören, was sich u. a. in der Religionszugehörigkeit, aber auch in allgemeinen Vorstellungen von Kultur und Gesellschaft niederschlägt.

In der vorliegenden Studie haben wir auf der Basis von Gruppen- und Exper-

teninterviews untersucht, wie Geflüchtete aus Afghanistan, Syrien, Eritrea und Tschetschenien ihre bisherige Integration im Land Brandenburg – mit allen positiven wie negativen Erfahrungen – einschätzen, welche Nachhole-Bedarfe sie bei der Integration (noch) empfinden, wie sie das Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft erleben und wo sie sich längerfristig kulturell – und teilweise auch religiös – verorten. Ein abgerundetes und ergänzendes Bild von der momentanen Situation konnte durch Experteninterviews mit einheimischen Brandenburgern gewonnen werden, die durch berufliche wie ehrenamtliche Arbeit in die laufenden Integrationsprozesse direkt involviert sind.

Dabei ergaben sich aus unserer Studie folgende Schlussfolgerungen:

- ◆ In allen untersuchten Gruppen ist der Wunsch sehr ausgeprägt, auch weiterhin in Brandenburg/Deutschland leben zu wollen, im Allgemeinen unabhängig davon, wie sich die politische und gesellschaftliche Situation in den jeweiligen Herkunftsländern langfristig entwickeln wird. Dies mag einerseits damit zu tun haben, dass ein Großteil der Interviewpartner sich in vergleichsweise jungem Lebensalter befindet (im Allgemeinen zwischen 20 und 50 Jahren), andererseits aber eben die Stabilität der hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse und die Möglichkeiten der individuellen Selbstverwirklichung als ausgesprochen positiv betrachtet werden.
- ◆ In verschiedenen Gruppeninterviews hat sich gezeigt, dass das Auseinandergerissen-Sein von (Kern-)Familien (bspw. durch Verbleib von Ehepartnern/Kindern in den Herkunftsländern oder in anderen Aufnahmeländern wie der Türkei und Schweden) es den jeweiligen Gesprächspartnern stark erschwert, sich mental auf die hiesige Umgebung einzustellen, sich auf Sprachkurs, Job und andere Herausforderungen am neuen Ort zu konzentrieren
- ◆ Afghanen, insbesondere aber Tschetschenen macht der relativ unsichere Aufenthaltsstatus es nahezu unmöglich, einen mehr oder weniger geordneten, durchstrukturierten Alltag aufzubauen. Größtes Problem in der tschetsche-

nischen Community ist, dass viele ihrer Mitglieder keine Arbeit finden und sich nach alternativen Optionen umschaun. Teilweise helfen ausgeprägte Familienstrukturen über dieses Problem hinweg, u. a. durch Beschäftigung in einem sich entwickelnden eigenen Dienstleistungssektor. Andererseits kann ein Teil der erwachsenen Tschetschenen, denen der Brandenburgische Arbeitsmarkt mehr oder weniger komplett verschlossen bleibt, leicht auch in Kontakt mit halblegalen oder illegalen Strukturen geraten und von dort aus in kriminelle und/oder gewalttätige Milieus abdriften. Offensichtlich besteht auch das Problem, dass ein Teil der Tschetschenen – Frauen wie Männer – auf die anhaltende Spannung und Ungewissheit, die sich aus dem ständigen Verbleib in Aufnahmewohnheimen ergibt, mit psychosomatischen Beschwerden reagiert.

- ◆ Alle interviewten Gruppen neigen mehrheitlich dazu, sich größeren und intensiveren Kontakt mit Einheimischen zu wünschen. Die Intensität und Qualität der Kontakte zu einheimischen Deutschen wird im Allgemeinen als verbesserungsbedürftig eingeschätzt.
- ◆ Viele der Gesprächspartner schätzten selbstkritisch ein, dass eine wesentliche Ursache für ihre bisher eher defizitären Kontakte zu einheimischen Brandenburgern in den bisher noch geringen Deutschkenntnissen liegt. Zugleich gilt es als schwierig, Einheimische für längere Kommunikationen gewinnen zu können. Insgesamt überwiegt dennoch ein eher positives Bild von den einheimischen Brandenburgern.
- ◆ Für einen nicht unerheblichen Teil der Gesprächspartner spielt Religion eine wichtige Rolle, entweder für das eigene Privatleben oder auch für die Gemeinschaft. Eine besondere Affinität zu Glaube und Religion zeigten die eritreischen Interviewpartner. Fast alle von ihnen betonten, nicht nur religiös zu sein, sondern regelmäßig auch an religiösen Veranstaltungen – in der Regel an Gottesdiensten in Berlin – teilzunehmen.

Die Motivation, auch in neuer Umgebung, konkret: in einem weitgehend säkularen Bundesland wie Brandenburg, weiterhin mit der mitgebrachten religiösen Tradition in Verbindung zu bleiben, scheint sich aus unterschiedlichen

Gründen zu speisen: Zum einen bieten die religiösen Strukturen und Netzwerke einen bestimmten (Gruppen-)Rückhalt und eine gewisse Geborgenheit in Phasen noch nicht vollzogener Integration in die hiesige Gesellschaft.

Manche der Geflüchteten behalten aber offenbar auch unabhängig davon eine starke Identifikation mit der Herkunftsgruppe und deren spezifischer Religiosität bei, besonders erkennbar in der tschetschenischen Gruppe.

- ◆ Im Allgemeinen befürchten die religiösen Geflüchteten nicht, dass ihr gelebtes Brauchtum sie und ihre Kinder in Konflikte im öffentlichen Alltag bringen wird, auch die Muslime nicht.
- ◆ »Andere Religionen« werden wahrgenommen, die Haltung ihnen gegenüber scheint eher von Pragmatismus und vorsichtiger Aufgeschlossenheit bestimmt zu sein.
- ◆ Aus unserer Studie ergeben sich keine Indikatoren für religiöse Radikalisierungen. Religiös begründete Vorurteile gegenüber liberalen Gegebenheiten, die in Deutschland längst zum Mehrheitskonsens gehören, von (fundamentalistisch-)religiöser Seite aber strikt abgelehnt werden, wurden in einigen Gruppeninterviews bestätigt. Einzelne Muslime äußerten Vorurteile gegenüber der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Paarbeziehungen und gegenüber dem Sexualkundeunterricht in der Schule.
- ◆ In mehreren Gruppeninterviews deuteten unsere Gesprächspartner an, dass sie sehr gern in den alten Bundesländern leben würden, weil dort nach Lage der Dinge die Atmosphäre, die Einstellungen gegenüber Migranten freundlicher seien und mit weniger Anfeindungen gegen äußerlich erkennbare Muslime und Muslime zu rechnen sei.
- ◆ Unterschiedlich ausgeprägt ist bei den untersuchten Gruppen das Bedürfnis nach soziokultureller Selbstorganisation. So verfügen die syrischen Flüchtlinge offenbar über vergleichsweise gut organisierte Strukturen quer durch Brandenburg, auch wenn diese nicht unbedingt die Form von anerkannten Vereinen an-

nehmen müssen. Die afghanischen Flüchtlinge waren in der Zeit unserer Studie gerade dabei, einen »Afghanischen Kulturverein Brandenburg« aufzubauen. Sie orientierten sich hierbei teilweise an Vereinsmodellen im Berliner Raum, waren aber auch um aktive Unterstützung von einheimischer Seite bemüht. Sowohl von den syrischen wie auch von den afghanischen Flüchtlingen wurde die Absicht betont, ihre Projekte und Vereine auch für einheimische Interessenten zu öffnen und in der soziokulturellen Szene der Stadt zu verorten.

- ◆ Vergleichsweise häufig wurde Kritik an den örtlichen Behörden geäußert. Sie werden oft dafür verantwortlich gemacht, dass Probleme bezüglich Aufenthaltsstatus, Familienzusammenführung und Berufsanerkennung nicht ad hoc gelöst werden können, ebenso dafür, dass erhoffte Fortbildungen und Deutschkurse nicht (schnell) bewilligt werden. Vereinzelt richtet sich auch auf den Umgangston bei den Ämtern und Behörden, dem steht allerdings auch vereinzelt Lob gegenüber.
- ◆ Von vielen Geflüchteten wird die Qualität der in Brandenburg angebotenen Deutschkurse kritisiert. Dies betrifft insbesondere die Didaktik, aber auch die angezweifelten Fähigkeiten vieler Lehrer, die deutsche Sprache gut vermitteln zu können.



# 9

## Handlungsempfehlungen

Die im Folgenden aufgeführten Handlungsempfehlungen basieren auf den in Kapitel 8 festgehaltenen Schlussfolgerungen und verstehen sich als allgemeine Vorschläge an Politik und Zivilgesellschaft.

1) Es gilt zur Kenntnis zu nehmen, dass der ganz überwiegende Teil der heute in Brandenburg lebenden Geflüchteten auch längerfristig ihr Leben in Deutschland gestalten will. Dies betrifft offensichtlich sämtliche Gruppen der Geflüchteten. Unabhängig vom Ausgang jeweiliger Asylverfahren erscheint es kontraproduktiv, Möglichkeiten einer zumindest zeitweiligen Integration der betroffenen Personen ungenutzt zu lassen. Insbesondere scheint geboten, Zugang zu vorhandenen Deutsch- und Integrationskursen auch für diejenigen Gruppen zu ermöglichen, welche den unsichersten Aufenthaltsstatus besitzen.

2) In sämtlichen untersuchten Gruppen wurde der Wunsch nach mehr Kontakten zur einheimischen Bevölkerung geäußert. Nicht zuletzt deshalb sollte das Angebot an Deutschkursen weiter ausgebaut werden, insbesondere in ländlichen Gebieten und kleineren Städten. Bei den bisher angebotenen Sprachkursen scheint es sinnvoll, ihre Qualität intensiver als bisher zu evaluieren – sowohl hinsichtlich der Lehrkräfte, der Didaktik, wie auch der verwendeten Sprachkursmaterialien.

3) Programme zur Förderung interkultureller und interreligiöser Begegnung zwischen Geflüchteten/Migrant\*innen und einheimischen Deutschen, zwischen un-

terschiedlichen Kulturen und Religionen, sollten ebenfalls systematisch ausgebaut werden. Forcierte interkulturelle und interreligiöse Projekte können helfen, das große Unwissen voneinander abzubauen.

4) Daneben scheint es unabdingbar, Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Berufsgruppen in Brandenburg einzuführen/auszubauen, die sich dezidiert mit den Herkunftsländern der Geflüchteten, mit islamischer Geschichte, Kultur und Religion beschäftigen. Die Fachstelle Islam in Brandenburg leistet hier bereits eine hervorragende Arbeit im pädagogischen Bereich. Umfassende Schulungen scheinen gleichwohl auch für Polizisten, Sozialarbeiter, medizinisches Personal und Juristen angebracht. Diese Schulungen sollten mit aktuellen Strömungen des religiösen Islam vertraut machen und dabei auch radikalislamistische Strömungen, die ein gesellschaftliches Gefahrenpotential darstellen, mit behandeln.

5) Der Umstand, dass offensichtlich ein nicht unbedeutender Teil der Geflüchteten, die seit 2015 nach Brandenburg gekommen sind, religiöse Muslime sind und auch längerfristig das Bedürfnis haben, ihren muslimischen Glauben in Gemeinschaft zu leben, führt zu der Frage, inwiefern die Kommunen die laufende Formierung neuer (muslimischer) Religionsgemeinschaften im Land begleiten können oder auch sollten. Wichtig erscheint an dieser Stelle, dass muslimische Geflüchtete das sichere Gefühl vermittelt bekommen, dass sie ihre Religion in adäquater Weise in Brandenburg leben können wie beispielsweise Christen und Juden. Dort, wo muslimische Geflüchtete die Bildung religiöser Vereine und Gemeinschaften in transparenter Weise anstreben, aber über keinerlei eigene Infrastruktur (z. B. Räumlichkeiten) verfügen, erscheint es sinnvoll, dass die Kommunen über geeignete und machbare Möglichkeiten nachdenken, sie bei der Schaffung einer eigenen Infrastruktur zu unterstützen.

6) Im Sinne einer größeren Effizienz der Arbeit von Behörden und Ämtern, aber auch einer wesentlichen Erleichterung für alle Beteiligten, erscheint es sinnvoll, für Gruppen von Geflüchteten, die sich in größerer Zahl in Brandenburg aufhalten, wichtige Formulare in deren Herkunftssprache anzubieten (konkret in Arabisch, Dari/Farsi, Tigrinya, Tschetschenisch).

7) Besonderer Hilfebedarf bei der Integration, aber auch bei der allgemeinen Begleitung und Unterstützung, besteht bei den tschetschenischen Geflüchteten. Der Bedarf ergibt sich auch unabhängig vom äußerst unsicheren Aufenthaltsstatus der Tschetschenen. Im Einzelnen betrifft dies mögliche Verbesserungen der Wohnverhältnisse, die mögliche Nutzung von Sprachkursen, aber auch Angebote interkultureller Begegnung und der Gewaltprävention. Besonders wichtig erscheinen zusätzliche Begleitungs- und Betreuungsmaßnahmen für tschetschenische Kinder.

8) Nicht nur, aber insbesondere in Bezug auf die tschetschenischen Geflüchteten in Brandenburg scheint die bisherige Medienberichterstattung defizitär und teils unsachlich. Eine differenzierte Medienberichterstattung, auch zu den anderen Gruppen von Geflüchteten, wäre wünschenswert, möglicherweise stimulierbar durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und die regelmäßige Vorstellung von laufenden Integrationsprojekten.

9) Zur schnelleren und effizienteren Vermittlung von Mietwohnungen an Geflüchtete, die noch immer in Aufnahmeheimen leben, dürfte sich der Einsatz von speziell geschulten Sozialarbeitern/Sozialpädagogen als sehr sinnvoll erweisen.

10) Bei verschiedenen Gruppen von Geflüchteten in Brandenburg gibt es Bestrebungen einer sozio-kulturellen Selbstorganisation, die ausdrücklich auch die Öffnung zu deutschen Interessenten einschließt. Diese Bemühungen von Empowerment sollten von den Kommunen und der Zivilgesellschaft ermutigt und in geeigneter Weise unterstützt werden.



# 10 **Literatur**

- Berry, John W. (1997): Immigration, acculturation, and adaptation. In: *Applied Psychology*, 46(1), pp. 5–34.
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden 2010.
- Krüger, Karen: Eine Reise durch das muslimische Brandenburg. RAA Brandenburg, Potsdam 2019.
- Krüger, Karen: Eine Reise durch das islamische Deutschland. Berlin 2016.
- Lemmermeier, Doris/Gartz, Manfred: »Integration machen Menschen«. Aktuelle Situation des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe im Land Brandenburg. Studie des Urania Landesverbandes, hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie/Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, Potsdam 2018.
- Misoch, Sabina: Qualitative Interviews, München 2015.
- Petersen, Thomas: Die Einstellung der Deutschen zur Einwanderung, in: Siegfried Karl/Hans-Georg Burger, Herausforderung Integration. Wie das Zusammenleben mit Geflüchteten und MigrantInnen gelingt. Gießen 2018.
- Remennick, Larissa: Russian Jews on Three Continents. Identity, Integration and Conflict, London 2012.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922.



# 11

## Fragebögen für die Gruppen- und Experteninterviews

### 11.1 Fragebogen für die Gruppeninterviews

- Welche Gründe und Umstände haben Sie nach Deutschland geführt?
- Was ist für Sie in Brandenburg, im Vergleich zum Herkunftsland, neu, und gefällt Ihnen besonders gut?
- Was ist für Sie in Brandenburg, im Vergleich zum Herkunftsland, neu, und bereitet Ihnen große Probleme?
- Wie zufrieden sind Sie mit Ihren bisherigen Kenntnissen der deutschen Sprache?
- Sind Sie mit den gebotenen Möglichkeiten am deutschen Arbeitsmarkt zufrieden?
- Würden Sie sich als religiös bezeichnen?  
Und wenn ja: Was bedeutet für Sie Religion im Alltag und in der Gemeinschaft?
- Können Sie Ihre Religion in Deutschland problemlos praktizieren, oder gibt es Probleme damit?

- Befürchten Sie langfristig Konflikte mit der Gesellschaft (wegen Ihrer Religion?)
- Haben Sie hier in Potsdam Freundschaften mit einheimischen Personen geschlossen?
- Würden Sie gern noch mehr »Einheimische« treffen und kennenlernen?
- Sind Sie interessiert daran, in Deutschland auch andere Traditionen und Religionen kennenzulernen?  
Und falls ja: Könnten Sie sich vorstellen, sich mit hier lebenden Christen zu treffen? Könnten Sie sich vorstellen, sich mit hier lebenden Juden zu treffen?
- Sind Sie mit den Schulen, oder auch Kindergärten, die ihre Kinder besuchen, zufrieden? Was finden Sie und ihre Kinder dort gut, und was gefällt Ihnen/ den Kindern dort nicht?
- Haben Sie persönlich während Ihres bisherigen Aufenthaltes in Deutschland Anfeindungen und Diskriminierungen erlebt?  
und falls das der Fall war: Können Sie uns auch sagen ...
  - Wann und wo dies geschehen ist?
  - Von wem die Anfeindungen/Diskriminierungen ausgingen?
  - Was haben Sie danach unternommen, um Hilfe zu bekommen?
- Haben Sie das Gefühl, dass die deutsche Gesellschaft Sie in Ihrer jetzigen Situation noch besser unterstützen könnte – und wenn ja, an welcher Stelle?
- Gibt es Stärken und Qualitäten (z.B. Kunst u. a.), die Ihre Gruppe mit nach Deutschland gebracht hat und die hier viel zu wenig beachtet werden?
- Glauben Sie, dass Ihre Gruppe Probleme hat, die sie allein lösen muss?  
Falls ja: Welche?

- Gibt es Dinge, die bisher noch nicht thematisiert wurden, und über die Sie hier in unserem Gruppeninterview noch gern sprechen würden?

## **11.2 Fragebogen für Experteninterviews mit »Schlüsselpersonen« (der Gruppen)**

- Was waren für die Angehörigen Ihrer Flüchtlingsgruppe die wesentlichen Beweggründe, das Herkunftsland verlassen zu haben?
- Gab es besondere Gründe, um »ausgerechnet« Deutschland als Aufnahme-land zu präferieren?
- Gibt es in Ihrer Gruppe Wünsche nach einer besonderen Region in Deutschland?
- Was sind Ihrer Meinung nach die (noch) existierenden größten Barrieren, die überwunden werden müssen, damit sich die Angehörigen Ihrer Gruppe in Brandenburg erfolgreich integrieren?
- Wie beurteilen Sie die bisherigen Kontakte Ihrer Gruppe zu den einheimischen Brandenburgern? Welche positiven und welche negativen Erfahrungen werden dabei gemacht?
- Werden von den Angehörigen Ihrer Gruppe mehr Kontakte zur einheimischen Bevölkerung gewünscht?
- Berichten die Menschen aus Ihrer Gruppe von Diskriminierungserfahrungen, von Rassismus und von Übergriffen?

## Fragebögen für die Gruppen- und Experteninterviews

- Falls es Übergriffe und massive Anfeindungen gegeben hat: Werden diese Vorfälle an die Behörden oder andere Stellen gemeldet, und werden sie auch innerhalb der Gruppe diskutiert?
- Welche Rolle spielt Religion in Ihrer Gruppe?
- Falls Religion eine wichtige Rolle in Ihrer Gruppe spielt, wie organisiert sie sich?
- Wo sehen Sie gravierende kulturelle Unterschiede zwischen Ihrer Gruppe und der Aufnahmegesellschaft, die eventuell zu Spannungen und Konflikten führen könnten?
- Inwiefern gibt es in Ihrer Gruppe Bemühungen um eine kulturelle oder auch soziale Selbstorganisation?
- Wo, glauben Sie, wird von Ihrer Gruppe noch stärker als bisher Hilfe zur Integration in die Brandenburgische Gesellschaft erwartet?
- Wo, glauben Sie, kann Ihre Gruppe noch deutlich mehr in die deutsche Gesellschaft einbringen als bisher (z. B. kulturell)?
- Was würden Sie, als Repräsentant Ihrer Gruppe in Brandenburg, gern selbst noch thematisieren?

### 11.3 Fragebogen für die Interviews mit einheimischen Experten/Helfern

- Inwiefern ist die Situation seit 2015 aus Ihrer Sicht – bezogen auf *Ihre* alltägliche Arbeit oder Ihre ehrenamtliche Tätigkeit mit den Geflüchteten – eine neue?
- Was sind die Probleme und Herausforderungen, die die Geflüchteten in Brandenburg/in Ihrer Region/Stadt derzeit besonders stark beschäftigen?
- Wird die Struktur der Versorgungsleistungen und Integrationshilfen den aktuellen Integrationsbedarfen der Geflüchteten aus Ihrer Sicht gerecht, oder sehen Sie da auch Lücken und Defizite?
- Stellen Sie bei den Integrationserfolgen/-rückschlägen deutliche geschlechterspezifische Unterschiede fest?
- Stellen Sie bei den Integrationserfolgen/-rückschlägen gruppenspezifische Unterschiede fest (z. B. in Bezug auf Spracherwerb; Eintritt in den Arbeitsmarkt; Erweiterung eigener Netzwerke usw.)?
- Haben Sie möglicherweise feststellen können, dass die Geflüchtetengruppen *untereinander* unterschiedliche Formen von Beziehungen aufbauen (Koope-ration/Abgrenzung usw.)?
- Inwiefern erleben Sie in Ihrem Arbeitsfeld, dass Religion für bestimmte Gruppen eine besondere Rolle spielt?
- Haben Sie den Eindruck, dass Religion/religiöse Gemeinschaft den Geflüch- teten hilft, die ersten Schritte der Integration in die hiesige Aufnahmegesell- schaft u. U. besser zu bewältigen?

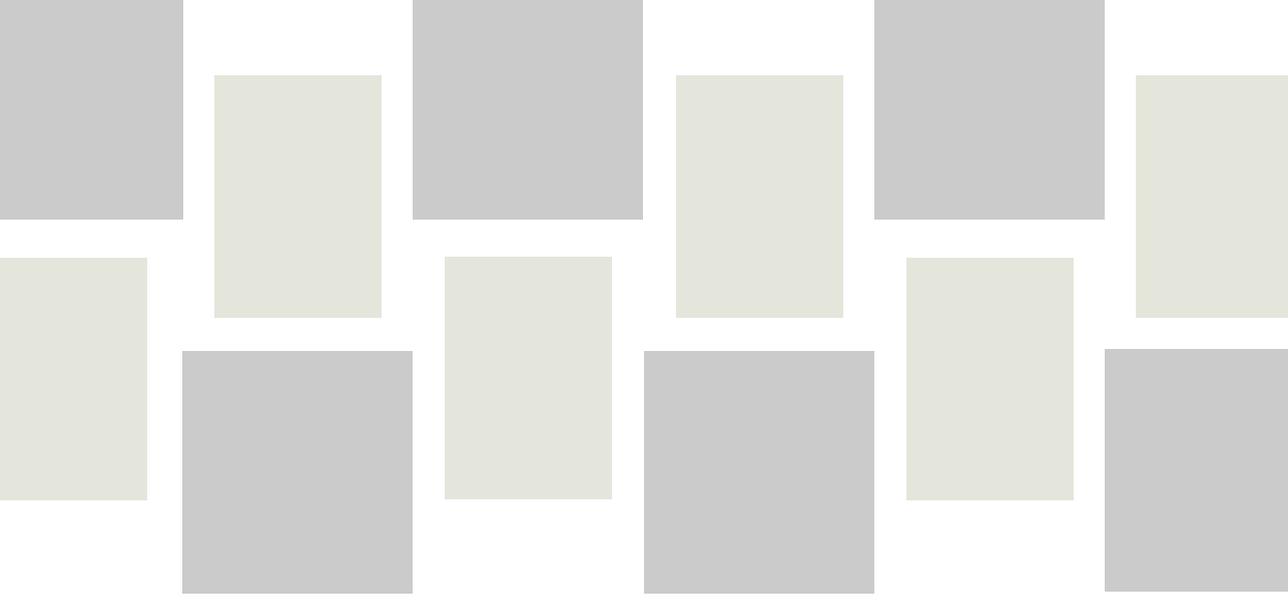
## Fragebögen für die Gruppen- und Experteninterviews

- Sehen Sie Gefahrenpotentiale dahingehend, dass manche der Geflüchteten zunehmend marginalisiert sind?
- Wie groß ist Ihrer Meinung nach die Gefahr islamistischer Radikalisierungen?
- Erleben Sie bei Ihrer Arbeit, möglicherweise auch von Gruppe zu Gruppe, spezielle Rollenverteilungen in den Familien – und wenn ja, was fällt Ihnen dabei besonders auf?
- Inwiefern wurden/werden Sie bei Ihrer Arbeit mit Problemen von innerfamiliärer Gewalt konfrontiert?









Rund 40.000 Geflüchtete hat das Land Brandenburg im Zeitraum von 2015 bis 2017 aufgenommen. Viele von ihnen sind aus dem Mittleren Osten und Afrika, teilweise auch aus Russland (Tschetschenien) gekommen.

Gefördert vom Bündnis für Brandenburg, haben Forscher des Moses Mendelssohn Zentrums (Universität Potsdam) zahlreiche Gruppeninterviews mit Menschen aus Syrien, Afghanistan, Eritrea und Tschetschenien geführt und einheimische Integrationsexperten befragt. Welche Integrationserfolge, Defizite und kulturellen Differenzen erleben Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder aus den genannten Herkunftsländern? Was erschließt ihnen neue Welten, und wo ergeben sich objektive Konflikte? Aus den Ergebnissen der Studie wurden Handlungsempfehlungen für die Landes- und Kommunalpolitik abgeleitet. Alle interviewten Gruppen wünschten sich intensiveren Kontakt zu Einheimischen – eine Chance und Herausforderung zugleich für die hiesige Zivilgesellschaft.

ISBN 978-3-86956-471-5

Online



9 783869 564715

